

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3.00 RM. monatlich 1.30 RM.
wöchentlich 80 Pf. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 23. Februar 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verschärfte Absperrung Deutschlands.

Gefechte bei Armentières, Riga, am Narocz-See und östlich des Bardar.

Amlich, Großes Hauptquartier, den 22. Februar 1917. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Schläch von Armentières drängen nach starker Feuerwirkung
mehrere englische Kampagnen in unsere Stellung; kraftvoller
Gegenschlag warf sie sofort hinaus. Bei Sanderung der Gräben
wurden 200 tote Engländer gezählt, 30 Mann gefangen
zurückgeführt.

Gründungsversuche des Feindes südwestlich von Warneton,
südlich des La Bassée-Kanals und zwischen Ancre und Somme
schlugen fehl.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Ludwig von Bayern.
Südwestlich von Riga und am Südufer des Narocz-
Sees scheiterten Unternehmungen russischer Abteilungen bei
Kompaniewskaja.
Bei Lohusch an der Schtschura und an mehreren Stellen
zwischen dem Dnjestr und den Waldkarpaten wurden einige
Hundertstücker von unseren Stoßtruppen erfolgreich durchgeführt.
An der
Front des Generaloberst Erzherzog Joseph
und bei der
Front des Generalfeldmarschalls
von Radenski
herrschte bei Schneereinigen nur geringe Gefechtsbetätigung.

Mazedonische Front.
Schläch des Bardar versuchten sich Engländer vor unserer
Stellung einzunisten; sie wurden im Handgranatenkampf vertrieben.
Der Erste Generalquartiermeister,
Lubensdorff.

Abendbericht.

Amlich, Berlin, den 22. Februar. Abends.
Im Westen bei Sancy und Rebel keine Kampf-
handlungen von Bedeutung.
Im Osten brachte östlich von Boczow ein
Vorstoß von Stoßtruppen 250 Gefangene ein.

Der österreichische Bericht.

Wien, 22. Februar 1917. (B. Z. S.) Amlich wird
verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Tätigkeit unserer Jagdkommandos und Stoßtruppen war
gestern wieder sehr reger, namentlich im Frontraum zwischen
Dorna Watra und dem Dnjestr. Unsere Abteilungen
entledigten sich ihrer Aufgabe überall mit Erfolg und brachten
— selbst nur sehr geringe Verluste erleidend — zahlreiche Ge-
fangene ein.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Unverändert.
Südwestlich Kriegsschauplatz.
An der Sojusa schalteteres Geplänkel. Nordwestlich von
Tapolari wurden feindliche Banden gesprengt.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
u. Docter, Feldmarschallentant.

Tastende Versuche.

Von R. Sachle.

Sir Douglas Haig, der englische Oberbefehlshaber, hat
erklärt, daß die große Offensive im Westen wahrscheinlich mit
tastenden Versuchen an verschiedenen Stellen der
großen Front beginnen werde. Wenn man die Ereignisse
seit Beginn des Jahres rückwärtsblühend überhaut, möchte
man fast glauben, daß wir uns bereits mitten in diesen
tastenden Versuchen befinden. Unternehmungen großer Maß-
stabes haben noch auf keiner Front und von keiner Seite statt-
gefunden; wahrscheinlich ist es nicht allein die Witterung, die
es verhindert hat. Wohl aber sind die Linien der Kämpfer,
die sich überall dicht gegenüberstehen, unruhiger und un-
ruhiger geworden; von beiden Seiten sind immer häufiger
Erkundungsabteilungen oder Stoßtruppen gegen die feind-
lichen Gräben geworfen worden, die dort Verstärkungen vor-
nehmen, die Dichte der Besatzung aufklären, die Nummer der
Regimenter, der Divisionen und Armeekorps feststellen sollten.
Deshalb handelt es sich wohl bloß darum, das moralische
Ubergewicht über den Gegner zu behaupten, ihn über die
eigene Stärke zu täuschen, seine Aufmerksamkeit zu fesseln,
die eigenen endgültigen Absichten zu verschleiern.

Auch der Luftkrieg ist mit wachsender Entschlossenheit
geführt worden; mehr und mehr hat die deutsche Fliegerwaffe
die Ueberlegenheit über den Gegner gewonnen, seine Ge-
schwader zerstört oder ferngehalten, und ist hier und da die
feindlichen Kampflinien vorgestoßen, beobachtet und zer-
stört. Wieder sind Munitionslager des Gegners in die
Luft geschoßen, Bahnanlagen beschädigt worden. Bis nach
Voulogne im Westen, im Osten aber bis über die Insel Delé,
am Eingange des Rigaer Meerbusens, dehnten unsere Luft-
kreuzer ihre Tätigkeit aus. Doch ist auch der Gegner, an der
Westfront wenigstens, nicht müßig geblieben und auch seiner-
seits gegen unsere Anlagen hinter der Front vorgestoßen.
Mehr und mehr Einfluß gewinnen die Flieger auf die Durch-
führung der Geschützschüsse, indem sie das Feuer auf die ein-
zelnen Ziele durch ihre Beobachtungen und Meldungen regeln.
Beide feindlichen Parteien heben ihre Wirksamkeit wiederholt
rühmend hervor.

Zahl und Festigkeit der Kämpfe ist besonders in
Frankreich zusehends gestiegen, die Stärke der daran be-
teiligten Truppen hat zugenommen. Und hier ist wieder der
englische Teil der Front besonders rühmlich gewesen. Wir
wissen, daß die Engländer ihre Linien immer weiter nach
Süden ausgedehnt und die Franzosen bis über Peronne hin-
aus, südlich der Somme, abgelöst haben. Trotzdem wird
man die Breite des von ihnen gegenwärtig eingenommenen
Raums auf nicht größer als 150 Kilometer schätzen dürfen,
während ihren Bundesgenossen außer den Belgiern auf dem
linken Flügel noch 450 Kilometer verbleiben. Soweit man
den Stärkeangaben — sagen wir lieber: den Andeutungen
über ihre Stärke — aus englischer Quelle traun darf, müssen
wir annehmen, daß die Streitermassen auf ihrem Frontteil
dichter stehen als auf dem französischen. Hieraus vor allen
Dingen beziehen sich wohl die klagenden Rufe der französischen
Zeitungen nach stärkerer Unterstützung durch den Bundes-
genossen, die nicht verstummen wollen. Man möchte an-
scheinend auf die englische Seeresleitung drücken, daß sie für
die bevorstehende Offensive einen noch größeren Teil der Ge-
samtfront übernehme, damit die französische Seeresleitung
die ihr zur Verfügung stehenden Kräfte mehr zusammen-
drängen könne. Man darf hierbei aber nicht übersehen, daß
das englische Angriffsberichten angeht die größeren Tätig-
keit unserer Kanoniere sich durchaus auf dem immer
wiederholten Anlauf tief geglobeter, überlegener Wasser-
gründel und daher einer ungemöhnlichen Dichte der
Streitkräfte nicht entbehren kann. Oder, was schließlich
das Gleiche bedeutet, die Möglichkeit haben muß, die Di-
visionen, die ausgeblutet haben, häufig durch neue oder neu-
aufgefüllte zu ersetzen. Der englische Feldherr bedarf also
sehr starker Verfügungstruppen hinter seiner Front. Ob
aber seine Regierung in der Lage sein wird, die in Frankreich
stehenden Armeen bis zum Frühjahr noch wesentlich zu ver-
stärken, ist mindestens zweifelhaft, nachdem sie schon gegen-
wärtig in die Arbeitermassen des Bergbaues, der Eisenbahnen
und besonders der Landwirtschaft anscheinend zu tief hinein-
gegriffen hat. Je mehr unser U-Boot-Krieg die Zu-
fuhr aller Art beschränkt, je mehr das massenhaft brach-
liegende Land zur besseren Versorgung des Volkes herange-
zogen werden muß, um so bestimmtere Grenzen wird seine
militärische Leistungsfähigkeit finden. Hebräens gilt ähn-
liches für Franzosen und Italiener. Doch dürfen wir uns
darüber nicht täuschen, daß wir unter Zurechnung der farbigen
Truppen sehr starke Streitermassen auf den
Schlachtfeldern Frankreichs uns gegenüber haben werden. Das
liegt einfach in den Verhältnissen, die die Mittelmächte

Verschärfte Aushungerungs-Maßregeln. Ein neuer Gewaltstreich gegen die Nordsee-Neutralen.

London, 21. Februar. „London Gazette“ veröffentlicht
eine Bekanntmachung, daß die deutsche Denkschrift über den
U-Boot-Krieg in scharfem Widerspruch zu den Regeln des
Völkerrechts, den Forderungen der Menschlichkeit und den
Pflichten des Feindes stehe. Die Tätigkeit des Feindes
mache es für England nötig, weitere Maßregeln zu ergreifen,
um die Wirksamkeit der Maßnahmen aufrecht zu erhalten, die
in dem ersten Beldreben ergriffen worden seien, zu ver-
hindern, daß Gebrauchsgüter irgendwelcher Art, die Länder
des Feindes erreichen oder verlassen könnten.

Zu diesem Zwecke werden Schiffe, die Waren mit
Bestimmung für den Feind oder feindlichen Ursprungs
führten, der Aushungerung und Beschlagnahme unterworfen
sein, wenn sie nicht den englischen und alli-
ierten Streitkräften reichlich Gelegenheit
bieten, ihre Ladung zu untersuchen. Ebenso würden
solche Güter der Beschlagnahme unterworfen sein.

Es sei deshalb vorgelesen, daß ein Schiff, das auf
See auf dem Wege zu oder von einem Hafen in irgend
einem neutralen Lande, das Zugangsmöglich-
keiten zum Gebiet des Feindes hat, angetroffen
werde, ohne einen Hafen englischen oder alliierter
Gebietes anzulassen, als ein Schiff angesehen werden
solle, das Waren mit Bestimmung für den
Feind oder feindlichen Ursprungs führe. Bis
das Gegenteil festgestellt sei. Es solle zur Unter-
suchung aufgebracht und, wenn nötig, vor einem
Prisengericht abgeurteilt werden. Jedes Schiff, das Waren mit Bestimmung
für den Feind oder feindlichen Ursprungs führe, soll der Auf-
bringung und Beschlagnahme wegen der Führung solcher
Waren unterworfen sein.

Im Falle, daß es sich um irgend ein Schiff handle, das
einen der festgesetzten britischen oder alliierten Häfen
zur Untersuchung der Ladung anlasse, solle kein
Beschlagnahmeurteil nur auf Grund der Mit-
führung Güter feindlichen Ursprungs oder mit Bestimmung
für den Feind gefällt werden und es solle nicht von vorn-
herein die Annahme betreffend den feindlichen Ur-
sprung oder die Bestimmung für den Feind be-
stehen. Die Güter, bei denen bei der Untersuchung des
Schiffes festgestellt werde, daß sie feindlichen Ursprungs
oder für den Feind bestimmt seien, werden der Beschlagnahme
unterworfen.

Ueber die Wirkung dieses englischen Versuchs, die Schiffe der
Neutralen trotz der deutschen Seesperre in die englischen
Häfen zu zwingen und dort der Schiffraum-Zwang-
politik gefügig zu machen, teilt die Telegraphen-Union
aus Amsterdam mit, in der weiteren Beobachtung zeige sich —
äußerlich wenigstens — keine Beunruhigung. Großes Auf-
sehen und Verbitterung hätten die neuen englischen
Blockadebestimmungen aber in Handels- und Schiffahrts-
kreisen erzeugt, die infolge des Auslegens eines großen Teiles
der holländischen Schiffe und der gewalttätigen Zurückhaltung
in den englischen Häfen ohnehin schwer in ihren geschäftlichen
Beziehungen geschädigt sind. Viele Kreise hofften nun auf Gegen-
wehr sämtlicher neutralen Staaten und sie schauten sogar mit ge-
spannter Aufmerksamkeit zu Wilton hinüber, der jetzt beweisen könne,
ob es ihm wirklich um das Recht der Freiheit der See zu tun ist.
Hier ist allerdings die Frage angebracht, ob die Hoffenden ernstlich
annehmen, daß die englischen Seeresregeln auch gegen amerika-
nische Schiffe in Anwendung kommen würden. Uns scheint, vor
solchen Erfahrungen ist Amerika bei der gegenwärtigen Lage der
Dinge im hohen Grade sicher.

Neben so vagen Erwartungen soll aber in der holländischen
Reederei noch die andere Erwägung eine Rolle spielen, daß
England, um seine neuen Bestimmungen praktisch durchzuführen,
wohl oder übel seine bisher vorsorglich versteckt gehaltenen Kriegs-
schiffe den deutschen U-Booten gegenüberstellen müßte, und daran
wird eingemahnt gemahnt. Man wird ja sehen, ob diese An-
sicht besser begründet ist.

Plymouth für alle neutralen Schiffe gesperrt.

Lugard, 22. Februar. Nach einer amtlichen Meldung der
„London Gazette“ ist der Hafen Plymouth für alle neutralen
Schiffe geschlossen.

Auf norwegischem Seegebiet gegen norwegische Dampfer.

Kristiania, 21. Februar. Da zwei englische Hochsee-Torpedo-
boote am 20. Februar den norwegischen Dampfer Soriland auf
norwegischem Seegebiet bei Stat angehalten haben, wies der Minister
des Äußeren die Gesandtschaft in London an, bei der englischen
Regierung bestimmt Verwahrung gegen die Neutralitäts-
verletzung einzulegen.

Schlachttopfer des Frontdienstes.

Haag, 22. Februar. Zu der Versenkung der beiden
in englischen Diensten fahrenden holländischen Schiffe Doit-
marsum und Trompenberg schreibt der „Haagische
Courant“ vom 21. Februar: Beide Schiffe waren mit auf-
gezwungenen Kohlenladungen für englische Rechnung
von Holland nach Las Palmas unterwegs. Das sind die beiden ersten Schlachttopfer des Frontdienstes,
den die bekannte Beschränkung der Rechte keiner Nationen von
uns fordert.

zwingen, gegen eine weit überlegene Kopfzahl feindlicher Völker nach verdrängten Seiten hin Front zu machen. Wir dürfen aber die sichere Zuversicht bewahren, daß auch bei jenen die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden.

Neben den Erkundungsvorstößen, die von uns mit Blut erwidert wurden, haben die Engländer ihre Angriffe im Gebiet der Sommechlacht auch in der vergangenen Woche weitergeführt. Wie bisher haben sie sich vorzugsweise auf ihren linken Flügel festgebissen, anscheinend in der Absicht, zu beiden Seiten des Ancrebaches ihre Front nach Norden, gegen Ancre hin, allmählich zu verbreitern und die hier noch schwache Einduchtung unserer Verteidigungsgräben gegen Davaume hin zu vertiefen. Einem fehlgeschlagenen Sturm am Dienstag, den 13. Februar, folgte am 16. ein neuer in Richtung auf das Dorf Miraumont. Das liegt einige Kilometer nordöstlich der früher von ihnen gewonnenen Dörfer Beaumont und Grandcourt; dicht gegenüber auf dem Südufer der Ancre liegt das Dörfchen Petit Miraumont, westlich der Hof Bailecourt. Auch dieser Angriff mißglückte, obwohl er durch ausgiebiges Trommelfeuerevangelium vorbereitet war. Nun waren die Engländer am 17. Februar drei Divisionen auf einer Front von 6 Kilometern in den Kampf, denen wir nach lange hin und her wogendem Ringen einen Teil unserer vordersten Linie überließen. Die deutsche Stellung verläuft hier nun dicht westlich und südlich der von uns behaupteten Dörfer Miraumont. An allen anderen Punkten wurde der Anlauf abgelehnt.

Während dieser Kämpfe aber gingen wir selbst auf einem anderen Teile des französischen Kriegsschauplatzes zum Angriff über, indem wir am 15. Februar in der Champagne, südlich Rippont, eine französische Höhenstellung stürzten, die in der Herbstschlacht 1915 in des Feindes Hand gefallen war und unabweisbar zu unserer Verteidigungslinie lag. Der Sturm führte unsere Truppen nach sorgfältiger Vorbereitung in einem Zuge bis in die vierte feindliche Linie; mit geringen eigenen Verlusten gewannen wir einen Frontraum von 2600 Metern auf einer Tiefe von mehr als 800 Metern. Beide Kämpfe, der an der Ancre und der am Hügel der Champagnefront, haben die Entwicklung stärkerer Maßnahmen auf beiden Seiten, gleichwohl wird man ihre Bedeutung noch immer als eine örtliche einschätzen dürfen.

Die letzten Tage haben im Westen Tauwetter und Nebel, im Osten einen neuen Kälteeinbruch gebracht; an der Berezina sank das Thermometer auf - 35 Grad. Trotzdem ist auch in Rußland die Zeit vollständiger Winterruhe vorbei, auch hier kommen bereits Berichte von etwas größerer Ausdehnung neben zahlreichen Streifen vor. Dahin gehört ein deutscher Angriff am 14. Februar in Ostgalizien nördlich der Bahn Plozow-Tarnopol, der unsere Truppen in die russischen Gräben führte und einen weit gediehenen Versuch bereitete, unsere eigene Stellung durch Minen zu zerstören.

Von den übrigen Kriegsschauplatzen sind nur geringe Ereignisse zu berichten; an der mazedonischen Front halten sich die Italiener von Sarraio Armee 20 Kilometer östlich Monastir beim Dorfe Paralowo eine bemerkenswerte Niederlage durch deutsche Truppen am 12. und 13. Februar; in Mesopotamien kommt die englische Offensive trotz aller Siegesmeldungen offenbar nicht vorwärts; die Türken halten in der Front Kut-el-Amara-Fellahie noch immer das Südufer des Tigris, und die Engländer haben am 17. Februar ihre Hauptkräfte aus bereits geräumten türkischen Stellungen wieder zurückgezogen.

Tisza gegen den Eroberungskrieg.

Volle Übereinstimmung der Bundesgenossen.

Budapest, 21. Februar. Im Abgeordnetenhause richtete Sollo (Karolyi-Partei) an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob er geneigt sei, der Einführung eines parlamentarischen Ausschusses zuzustimmen, der über die Friedensbedingungen einen vertraulichen Gedankenaustausch pflegen sollte. In der Rede, mit der Sollo seine Interpellation begründete, machte er auch verschiedene Bemerkungen über die Politik des Deutschen Reiches.

Ministerpräsident Graf Tisza erwiderte, er müsse gegen eine Darstellung gewisser Tatsachen und Ereignisse protestieren, welche der historischen Treue widerspreche und nur schädlich sein könne. Vor allem protestierte er dagegen, daß der Abgeordnete Sollo die Vorgeschichte des Krieges so dargestellt habe, als ob dieser Krieg uns nicht von einem von bösen Angriffsbestrebungen erfüllten Feind aufgezwungen, sondern als ob er durch eine in der deutschen Politik eingetretene Wendung hervorgerufen worden sei. Er verleihe nicht, daß sich ein Mann im ungarischen Parlament finde, der eine solche Rolle übernehme. Die Ausdehnung, die das Deutsche Reich seit 1871 zeigte, sei eine friedliche, wirtschaftliche und kulturelle Ausdehnung, die die Unabhängigkeit, die Existenz und die Lebensinteressen seiner einzigen anderen Nation und keines einzigen anderen Staates bedrohte, und die, wenn sie auch für sich einen Platz an der Sonne wünschte, doch niemand von der Sonne verdrängen wollte. Es sei eine tendenziöse und böswillige Entstellung des Tatsachenbestandes seitens unserer Feinde, wenn sie vor ihrer eigenen öffentlichen Meinung die heutige Lage so erklärten, als hätten sie sich gegen Eroberungsabsichten und gegen andere Nationen bedrohende Pläne bestrebungen Deutschlands verteidigen müssen. Die Geschichte eines Menschenalters lehre, daß der europäische Friede nicht durch den Anbruch der Kräfte Frankreichs und des russischen Reiches für europäische politische Ziele frei war, und stets habe die ganze Welt den europäischen Frieden für gefährdet angesehen, wenn diese Mächte anderswo Komplikationen hatten, sie also zum Angriff nicht bereit waren.

Graf Tisza verteidigte die deutsche Kolonialpolitik und fuhr dann fort:

Wir führen diesen Krieg, weil wir ihn zur Rettung unseres angegriffenen Lebens führen müssen. Wir werden ihn gegen jeden Feind und unter allen Umständen, so lange, aber auch nicht eine Minute länger,

als zur Rettung unseres Lebens, unserer Sicherheit und unserer Existenzinteressen notwendig ist. Hierzu stimmen alle unsere Bundesgenossen überein. Wenn der Weltverband diesen Krieg mit einem Frieden beschließen würde, wie er den Feinden vorzöge, so wäre ein solcher Friede durch keinerlei Übereinkommen zu einem dauerhaften gemacht werden. Ein dauerhafter Friede könne nur so beschaffen sein, daß er bei niemanden den Revanchegedanken erzeuge. Der Minister sagte zum Schluss: Ich hege die feste Überzeugung, daß die beschriebene Waffe, welche wir gebrauchen, eine zweckmäßige Waffe ist und den Erfolg bringen wird, der die einzige Vorbedingung eines möglichst baldigen und zufrieden-

stellenden Friedens ist. Ich bitte, meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen.

Die Antwort des Ministerpräsidenten, der die rechte Seite des Hauses lebhaften Beifall zollte, wurde zur Kenntnis genommen.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten Grafen Tisza erwiderte Sollo, er stimme mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten über den Frieden überein. Den Vorschlag, daß er die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands als Ursache des Krieges bezeichnet habe, müsse er entschieden zurückweisen. Er habe in seiner Rede nur die Eifersucht und den Neid hervorgehoben, den die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands hervorgerufen habe. Im übrigen erklärte er, das ungarische Volk sei bereit, auch weiter die größten Opfer zu bringen, doch dürfe man auch die Zukunft Ungarns nicht vergessen.

Während der Antwort Sollos verließen alle oppositionellen Abgeordneten mit Ausnahme der amnestierten acht Mitglieder der Karolyi-Gruppe, den Sitzungssaal. Die Blätter heben hervor, daß die oppositionellen Fraktionen: die Andrássy-Gruppe, die Apponyi-Gruppe und die liberale Volkspartei durch ihr Verlassen des Sitzungssaales bei der Abstimmung deutlich ausdrücken wollten, daß sie mit den Ausführungen des Abg. Sollo nicht übereinstimmen.

Die Gegnerschaft der Karolyipartei gegen die Dreibündepolitik ist keine neue Erscheinung. Währender als sie ist die — in vier Wochen zum drittenmal wiederholte — Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten gegen jeden Eroberungskrieg, seine namens aller Verbündeten abgegebene Versicherung, daß das Kriegsziel ausschließlich im Erfolg der Verteidigung gesucht werde.

Nehmen wir an, die deutsche Regierung ginge ins Lager der Anexionisten über, so würde sie sich damit in Gegensatz zu ihrem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen stellen. Dieser würde nicht geneigt sein, den Krieg nach Erreichung des Verteidigungszwecks für deutsche Eroberungen weiter fortzusetzen. Damit sollte die Debatte, ob Anexionen oder nicht, eigentlich erledigt sein.

Lloyd Georges Rede verschoben.

London, 21. Februar. Im Unterhause machte Bonar Law die Mitteilung, daß die Darlegungen Lloyd Georges bis zum 23. Februar verschoben seien.

Reichskonferenz, Schutzzöllerei und Friedensverhandlungen.

„Pflichten gegenüber der ganzen Welt“.

London, 22. Februar. „Westminster Gazette“ schreibt über die Einführung des Vorzugszollsystems für das britische Reich: Wie wir aus einer im Januar gehaltenen Unterredung des Premierministers mit einem Vertreter der australischen Presse entnehmen, war die Regierung entschlossen, daß die bevorstehende Zusammenkunft der Vertreter des Reiches ein Kriegsrat sein soll und nicht eine Reichskonferenz zur Lösung der Fragen, die sich nach dem Kriege ergeben werden. Auf die Frage, ob das Programm auch eine Reform der Reichsverfassung enthalte, antwortete der Premierminister mit einem entschiedenen Nein. Er sagte hinzu, daß es verfrüht sei, jetzt darüber zu sprechen, was nach dem Kriege geschehen solle.

Diese Entscheidung erschien uns sehr verständlich, wurde aber offenbar in den drei darauffolgenden Wochen geändert. Wenn es eine Angelegenheit gibt, in der alle Regierungen freie Hand behalten müssen, so ist es die des Handels und der Finanzpolitik nach dem Kriege, denn es ist falsch, anzunehmen, daß ein Volk hierüber ohne Rücksicht auf seine Robbarn Vorschläge machen kann. Die noch nicht sprudelnden Kriegsziele sind werden zweifellos bei den Verhandlungen zwischen den Alliierten und ihren Gegnern und zwischen den Alliierten untereinander die Hauptrolle spielen. Die Kriegsatmosfera begünstigt jetzt die Schutzzöllerei, aber Parteinteressen fallen nicht so ins Gewicht wie die nationalen und Wirtschaftsinteressen. Wir müssen überlegen, welche Pflichten wir als größte Seemacht gegenüber der ganzen Welt haben und welches Vorbild wir geben müssen. Wir müssen uns die Hände für die Friedensverhandlungen freihalten.

Die Friedensziele der Zentralmächte.

Man schreibt uns aus Amsterdam: Der liberale Rotterdammer „Maasbode“ vom 16. Februar veröffentlicht „auf Ersuchen von einflussreicher österreichischer Seite“ einen Artikel über die Friedensaktion der Zentralmächte, der folgenden bedeutsamen Satz enthält:

„Annektionspläne haben sie nie gehabt. Die Gebiete, die sie, dank dem Heldennut ihrer tapferen Söhne, besetzen konnten, wollen sie nicht behalten.“

Diese Erklärung klingt glücklicherweise ganz anders als so manche Versicherungen von Zeitungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, die sich auf „Beziehungen“ zu „einflussreichen“ Seiten“ zugute zu tun lieben. Daß man sie in einem holländischen Blatt zweiten Ranges suchen muß — obendrein einem, dessen Publikum konfessionell begrenzt ist — kann allerdings bedauernd werden. Vielleicht wäre solchen Versicherungen, an anderer Stelle vorgebracht, im Sinne der Friedensbestrebungen der Zentralmächte mehr Wirkung beschieden.

Der Krieg auf den Meeren. Der Schrecken des U-Boot-Krieges.

Lord Robert Cecil, der englische Kolonialminister, hat sich beehrt, dem Londoner Verächterblatt der „Associated Press“ in einer Erläuterung darzutun, daß die neuen englischen Modademaßregeln getroffen wurden, weil England „darum besorgt sei, die Wünsche der Neutralen hierin wie in allen anderen Dingen zu erfüllen.“ Bei Gelegenheit dieser Leistung, die aus dem Reinecke-Juchs kopiert sein könnte, sagte Lord Cecil über den U-Boot-Krieg: „Die deutsche Piratenerklärung ist tatsächlich kein Bluff, dafür ist sie viel zu mörderisch. Aber ihr Schrecken liegt nicht irgendwie in einer allgemeinen Zerstörung, da die wirkliche Zahl der versenkten Schiffe einen sehr kleinen Bruchteil der Schiffe beträgt, die unbeschädigt durchkommen, sondern gerade in der Unsicherheit ihrer vereinzelter Schläge.“ Denn diese Unsicherheit — das will Lord Cecil sagen — scharft die Schiffe ab, die Fahrt nach England zu wagen.

„Die englischen Verluste sind ernst“.

London, 21. Februar. Bei Vorlegung des Marine-Staats sprach Carson eingehend über die Unterseeboot-Drohung. Die Bedrohung sei ernst und es gebe kein einzelnes Wundermittel dagegen. Er vertraue aber darauf, daß durch den Ausbau der jetzt erachteten Mittel ihr Ernst allmählich gemildert werden würde. Die englischen Verluste seien ernst, aber sie entsprächen nicht der übertriebenen Problematik der deutschen Berichte über sie. Während der ersten 18 Tage im Februar seien 134 englische, allierte und neutrale Schiffe aller Art versenkt worden. Aber während dieses Zeitraumes seien 6075 Schiffe in englischen Häfen angelassen und 5873 hätten sie verlassen. Die Politik des Schwanzens über die Vernichtung englischer U-Boote sei die Politik, die der deutschen Admiralität am wenigsten lieb sei. Ein weiterer Grund gegen die Befähigung von Jählen über die feindlichen Verluste sei die Schwierigkeit, mit Sicherheit die Vernichtung eines U-Bootes festzustellen. Carson sagte, er habe Berichte von 40 Räumern mit U-Booten seit Anfang Februar erhalten. 40 Mal in 18 Tagen mit dem Feind handgemein geworden zu sein, sei eine große Leistung. Carson erwähnte die Gefangennahme eines U-Bootes durch die englische Zerstörer als einen der feststehenden Fälle.

Carson bat die Nation, der Flotte durch Einschränkung der Einfuhr zu helfen, und erklärte, er vertraue darauf, daß die Bedrohung gelöst werden würde.

Carson machte in seiner Rede auch Angaben über die Leistungen der englischen Flotte. Er meinte: Ich glaube nicht, daß das Publikum sich hier macht, was für

Aufgaben der Flotte

gestellt wurden, ehe der Krieg sich weiter ausdehnte. Die Admiralität unterstützt weitgehend die Expedition in Mesopotamien, Saloniki und Ägypten und muß die Meere frei halten. Im ganzen hat das Land weniger unter Entbehrungen gelitten als irgendein anderer Kriegsführender. Um zu zeigen, was von der Flotte geleistet worden ist, erwähnte ich, daß die Gesamtzahl der über See beförderten Personen bis zum 20. Oktober 8 Millionen betragen hat. Bis zum 30. Oktober haben wir über neun Millionen Tonnen Sprengstoffe befristet und über eine Million Kranke und Verwundete. Wir haben auf hoher See oder im Hafen während der letzten Jahre 15 150 Schiffe unterstellt. Allein im letzten Januar haben wir in britischen Häfen 1764 Schiffe unterstellt. Während der letzten zwei Monate ist die Zahl der bewaffneten Handelschiffe um 47,5 Proz. vermehrt worden. Das hat eine riesige Menge Arbeit bedingt. Die Bewaffnung der Handelschiffe schreitet jede Woche immer besser fort. Der Bruchteil bewaffneter Handelschiffe, die nach einem Angriff fliehen können, beträgt 75 Proz., der der unbewaffneten Handelschiffe 24 Proz.

Die Lebensmittelfrage Englands.

Stockholm, 21. Februar. (B. L. W.) Nach aus England stammenden Mitteilungen hat die Verschärfung des deutschen U-Boot-Krieges in erster Linie in London tiefen Eindruck gemacht, besonders bedächtig, weil England nur für etwas über einen Monat Lebensmittellöcher hat.

Amsterdam, 21. Februar. Der Marktbericht des Londoner Coven Garden Marktes, des Zentralmarktes Großbritanniens für den Verkauf von Gemüse und Früchten aus allen Ländern der Welt, zeigt, daß seit Beginn des verhängnisvollen U-Boot-Krieges die Zufuhr von Hebersee-Gemüse und Hebersee-Früchten mit jedem Tage des Krieges in immer größerer Steigerung geringer wurde, seit dem 10. Februar aber ganz ausgeblieben ist. Die einzige Ausnahme davon machen Bananen, die noch eingeführt sind. Der Marktbericht warnt jedoch vor dem Ankauf dieser letzten Schiffsladung von Bananen, die noch von den karibischen Inseln eingegangen war, weil die ganze Ladung erkrankt ankam und deshalb für den Genuß unbrauchbar sei. Für Äpfel werden fabelhafte Preise gezahlt. Auch Apfelsinen können nicht mehr an.

Versenkt.

Amsterdam, 22. Februar. Der holländische Dampfer Driehagen ist versenkt worden.

Paris. Inse versenkter Schiffe vom 21. Februar, 7 Uhr abends: Am 19. Februar: Der englische Dampfer Corso ex Caradoc, 3242 Br.-Reg.-T. Fischerschiff 980 aus Boulogne, Fischerschiff 2979 aus Boulogne. Am 20. Februar: Der norwegische Segler Falløe af Astor, 1965 Br.-Reg.-T. Am 21. Februar: Der norwegische Dampfer Dukat, 1452 Br.-Reg.-T.

London, 22. Februar. Lloyd meldet, daß die englischen Dampfer Corso und Rosalie versenkt wurden.

Schiffsraumnot und U-Boot-Krieg.

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Krise besprechen mehrere französische Blätter die Folgen des U-Boot-Krieges. Die „Humanité“ führt aus, die hauptsächlichste Ursache der gegenwärtigen Kohlenkrise sei die Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges. Der Schiffsraumverlust habe zwei ernste Folgen. Erstens vollständige Störung und schwere Schädigung der Schifffahrt, zweitens Steigen der Frachtraten und Versicherungsprämien, durch welche indirekt wieder eine Lähmung der Schifffahrt verursacht werde.

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ schreibt: Es mache der Regierung viel Kopfzerbrechen, zu erdenken, welche Güter von einer gewissen Bedeutung von der Einfuhr ausgeschlossen werden könnten, um Schiffsraum zu gewinnen. Es ist in dieser Richtung mehr geschehen als ursprünglich beabsichtigt war. Lloyd George will am Donnerstag über diese Frage eine Erklärung abgeben. Es wird beabsichtigt, die Einfuhr von Papier und Holzstoffen noch weiter zu beschränken, nachdem sie schon auf die Hälfte gebracht wurde. Es sind auch Unterhandlungen mit Frankreich im Gange, um es zu veranlassen, die Ausfuhr nach England zu verhindern.

Die englischen Bemühungen um Südpersien.

London, 21. Februar. Lord Curzon sprach im Oberhause über einen Vorfall britischer Streitkräfte unter Sir Percy Sykes nach Jspahan und Teheran. Er sagte: Der Vormalige habe dazu geführt, daß in den weiten Gebieten Ordnung geschaffen worden sei. In Teheran sei die Existenz einer den alliierten Mächten freundlich gesinnten Regierung gesichert worden. Rußland und Großbritannien hätten die persische Regierung beständig finanziell unterstützt. Es sei die Absicht von Sir Percy Sykes, eine sibirische militärische Gendarmerie mit britischen Offizieren, die in Indien ausgebildet wurden, zu organisieren und sie schließlich auf 11 000 Mann zu bringen. Sykes verfüge momentan über ungefähr 5000 Mann und eine aus etwa 800 indischen Soldaten bestehende militärische Es-

Die Motoren der Unterseeboote.

Es ist schon so oft die Frage erörtert worden, warum in diesem Kriege gerade die deutschen Unterseeboote so Außerordentliches leisten...

Die Frage des Motors war die eigentliche Unterseebootsfrage, mit ihr stand und fiel die ganze Waffe als ein kriegsbrauchbares Gerät...

Rum hatte zu Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der deutsche Ingenieur Otto Diesel den Entschluß gefaßt...

die stärkste Zusammenrückung an, die sich eben noch erzielen ließ. Aber einen weiteren wesentlichen Unterschied gegenüber den älteren Motoren führte er noch ein...

Kein Wunder, daß die Schiffingenieure mit aller Kraft danach strebten, diese vorzügliche Maschine auch für ihre Zwecke, insbesondere für Unterseeboote zu verwenden...

Berliner Theater: „Die tolle Komtesse“.

Es ist das Autoren-Trifolium vom letztenmal: die beiden Rudolf Vernauer-Schänger (Text) und Walter Kollo (Musik)...

Aber auch Kollo, der musikalische Illustriator, bewandert niemals reichlicher und besserer. Mit einer stattlichen Reihe von melodischen Gesängen im getragenen und scherzhaften Stil...

Wie alt werden die Blätter?

Vom Tomatenbaum rühmt unser Kinderlied, daß seine Blätter so schön seien, weil sie nicht nur zur Sommerzeit...

weil man, daß ihre Blätter kurzlebiger sind. Sie durchleben höchstens eine Vegetationsperiode und erkranken oft nur ein Alter von zwei bis drei Monaten...

Die Lebensdauer der Nadeln ist von äußeren Verhältnissen abhängig. Ein unterdrückter oder stark beschatteter Baum behält seine Nadeln nicht so lange wie ein freistehender...

Die Versuche wurden in der K. K. Forstlichen Versuchsanstalt Mariabrunn ausgeführt. Die Nadeln zeigten in Mariabrunn bei einer Seehöhe von 200 Metern eine Lebensdauer der Nadeln von nur 4 bis 6 Jahren...

Außer durch Einfluß des Klimas kann die Lebensdauer der Nadeln natürlich auch durch andere Umstände verändert werden, und zwar vergrößert durch den Einfluß von Beschädigungen...

Notizen.

Theaterchronik. Die Kleinen Hauskomödien veranlassen am nächsten Sonnabend und Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, ihre letzten Aufführungen am Kollendörpplatz (Waldowstr. 104)...

Das Deutsche Theater wird im April ein Gesamtspiel in Pulzester Nationaltheater veranlassen.

Das Kaiser-Friedrich-Museum hat als Leihgabe ein brillantes Frauenbildnis des spanischen Malers Goya erhalten.

Die Vorlesungen. Ueber soziale Versicherung und militärische Versorgung hält Auditor Dr. M. Brandis eine fünf Freitagabende umfassende Vortragsreihe an der Humboldt-Universität...

Colmars Kunstschätze in Sicherheit. Mit banger Sorge hat mancher Kunstfreund in diesen Jahren an zwei der kostlichsten deutschen Kunstwerke gedacht, die in Colmars Wärem sich befinden...

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeimeister von Gabriela Japolska.

XIII.

Was im Innern der Jugend vorgeht. — Razo und Kliski. — Nichts Offenes. — Der Geist, der im ganzen Lande herrscht. — Die Beside im Revier. — Rosa Montag. — Ein Skandal im Hotel.

„Sie hatten mich also wirklich nicht für einen erkrankten, unreifen Jungen, der, mit unverständigen, fremden Gedanken vollgeproppelt, blindlings dahinfährt?“

„Ich versichere Ihnen, nicht im geringsten. Seitdem ich Sie kennen gelernt, habe ich meine Ansicht über euch junge Leute in Rußisch-Polen geändert.“

Razo nickte traurig mit dem Kopf. „Man beurteilt uns leider falsch, indem man uns zu den Leuten zählt, die viel Lärm machen und wenig handeln.“

Wir hüten uns vor allem vor dem Chauvinismus, der blind macht und die Kraft raubt.“

Kliski blinzelte den jungen Mann mit sympathischem Gefühle an.

Sie saßen in Kliskis Hotelzimmer und tranken Tee. Trotz des verschlossenen Wesens, das der junge Mensch im Hause des Vaters zur Schau trug, schenkte er dem jungen Künstler sein ganzes Vertrauen.

Das matte Lampenlicht erleuchtete die Köpfe der beiden jungen Leute, die ihre Gedanken miteinander austauschten. Razos bleiches Antlitz mit den großen, tief liegenden Augen ließen ihn fast wie eine Gestalt aus dem Jenseits erscheinen.

Er selbst hatte in seiner Jugend keine Ahnung von jenen Kämpfen, die Razos Leben bewegten. Nach Beendigung der Schule hatte er seine Malkunden begonnen, die auf ein praktisches Ziel gerichtet waren und ihn ganz in Anspruch nahmen.

„Ich habe niemals solche Stunden durchgemacht, wie

dieser junge Mann,“ dachte er, nachdem Razo fortgegangen war. Er trat ans Fenster.

Gestern noch schien ihm diese Stadt nur ein Räuberneß, ein Eldorado für Spitzbuben, heute sah er in ihr ein wehrloses Opfer, das dem Raub wilder Tiere preisgegeben war.

Das Schulsystem, das Volkessystem, die ganzen Lebensverhältnisse griffen wie die Glieder einer Kette ineinander.

Überall bemühte man sich, nur zu nehmen und nichts zu geben. Und überall zitterte jene Angst vor dem freien Gedanken.

Eine Behmut beschlich Kliski, ein Mitleid mit der bedrückten Heimat, das sich neben seiner Liebe für Zanka in sein Herz eingrub.

Er preschte die Stirn gegen die Scheibe und starrte in das tiefe Dunkel hinaus, als müßte die traurige Distanz des Geistes, die das ganze Land beherrschte, aus der lautlosen, düsteren Stille emporsteigen.

Plötzlich ließen sich Schritte auf dem Korridor vernehmen. Jemand ging über den großen Teppich und näherte sich der Tür, die nach dem Zimmer der Rosa Montag führte.

Sie schien schon zu schlafen, denn in ihrem Zimmer war es ganz still.

Lagejew — er war es nämlich — klopfte leicht an die Tür.

Er sah frisch gewaschen aus und hatte den Paß in der Tasche. Als ihm nicht geöffnet wurde, drückte er auf die Türklinke und wunderte sich, die Tür geschlossen zu finden.

Auf dem Korridor glomm ein kleines Lämpchen. Man sah in der Ecke einen Tisch, auf dem allerlei Stiefel und ein Samovar standen. Der Zeiger der Standuhr auf dem Korridor zeigte halb eins.

Lagejew klopfte noch einmal. Kliski hörte, daß Rosa erwacht war und mit verschlafener Stimme fragte: „Wer ist da?“

„Sie sind es?“

Man hörte, wie sie zum Bette eilte und sich in den Kissen verdeckte.

„Ja, ich bin's! Sie haben mich doch erwartet?“

„Ja?! Sie lügen!“

„Nein, Sie lügen jetzt. Aber wozu diese Hysterie? Das ist nicht hübsch. Ich bringe Ihnen den Ketschup.“

Rosa faltete die Hände.

„Liebster, gültiger Herr, geben Sie mir den Paß und lassen Sie mich reisen.“

Lagejew ging mit großen Schritten auf das Bett zu.

„Sie sollen ihn haben, aber erst müssen Sie mir einen Kuß geben.“

Er war jetzt, als er schon tun wollte, viel furchtbarer als in den Augenblicken, da er vor Wut rasste.

Rosa drückte sich instinktiv an die Wand und wickelte die unsaubere Steppdecke um ihren mageren Körper.

„Lassen Sie mich frei!“ wiederholte sie mit flehender Stimme.

Kliski fühlte tiefes Mitleid. Er ahnte, daß Lagejew brutal werden würde. „Also genug mit diesen Hysterien,“ brummte Lagejew mit heiserer, aber leicht zitternder Stimme. Der Widerstand erregte anscheinend seine Sinne. „Erweisen Sie mir Ihre Gunst. . . ich bin nämlich nicht umsonst hergekommen.“

Er rückte sich und umfaßte Rosa mit den Händen. Sie spannte ihren ganzen Körper und wollte aufschreien, aber schon drückte Lagejew seine Lippen auf ihren Mund. Sie streckte die Hand aus, traf zufällig auf den Knopf der elektrischen Klingel und drückte aus aller Kraft darauf. Ein schriller Klang ertönte im Korridor. Lagejew gab Rosa frei und sprang zurück. „Bist du toll geworden?“ schrie er. Aber Rosa wurde von einem Weinkrampf befallen. Die vielen Tage, die sie hungernd und frierend in unruhiger Erwartung verbracht hatte, hatten sie müde gemacht und ihr alle Beherrschungskraft geraubt. Noch immer drückte sie den Finger auf die Klingel, deren schrilles Lönen verbunden mit ihrem Schrei, das Hotel mit fürchterlichem Lärm erfüllte. Dieser Lärm wedte in Lagejew das Tier. Er stürzte auf Rosa zu, deren Schrei seine Sinne noch mehr aufpeitschte, und packte sie bei der Hand, mit der sie auf die Klingel drückte. (Fortf. folgt.)

forte. Eine ähnliche Gendarmerie werde gegenwärtig aus Mitgliedern der Kadettenkorporation rekrutiert. Er hoffe, daß es baldmöglichst imstande sein werde, von Siras, wo er sich jetzt aufhalte, weiter zu marschieren und die Vorigen zu überholen. Die sich in diesem Teile von Persien befinden, zu säubern. Im östlichen Teile Persiens habe eine andere Streitmacht unter Major Reith ähnliche Erfolge gehabt. Es sei ihr gelungen, dieses ganz ausgedehnte Gebiet zu passifizieren.

Curzon sagte, er sei in der Lage, dem Hause zu versichern, daß der Emir von Afghanistan seine Pflichten gegenüber Großbritannien loyal eingehalten habe. Er habe ein verlockendes Anerbieten, im Pendschab auf Deute auszugehen, abgelehnt.

Weiter sagte Curzon über Persien: Der Versuch, die allgemeine Lage zu verbessern, sei durch die Erfolge des Generals Maude in Mesopotamien und durch das Vorgehen des Großherzogs von Ruffia wesentlich unterstützt worden. Es gebe noch immer Teile von Persien, die von türkischen Truppen geläubert werden müßten, und im Hinterland des persischen Wolfes herrsche noch immer Unordnung. Die Sicherheit in den Delicfeldern sei aber so gut wie gewährleistet, und er habe viele Monate nichts mehr von einer Unterbrechung der Verbindungen in dieser Gegend gehört.

Curzon gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Schlimmste vorüber sei und daß die große Reihe von ehrgeizigen Plänen, die sich über Europa bis Asien erstrecken, zur Seite geschleudert, ja vielleicht zerrissen sei.

Hungerunruhen im Piräus.

London, 22. Februar. Reuter meldet aus Athen vom 21. Februar: Heute kam es im Piräus während der Austeilung der gesammelten Gelder für Arbeitslose im Arbeitsbureau zu Unruhen. Die Abendblätter beobachteten Stillschweigen mit Ausnahme einer Zeitung, die berichtet, daß einige Arbeitslose mit der erhaltenen Unterstützung unzufrieden waren; mehrere Lebensmittelläden wurden geplündert, die meisten Läden und das Postamt im Piräus sind geschlossen. — Am Nachmittag wurde die Ordnung wieder hergestellt. Man befürchtet aber den Ausbruch neuer Unruhen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Botschafter Gerards Heimreise wird von Entente-Blättern begierig mit Aufmerksamkeit ausgemerkt. Jetzt teilt „Journal du Peuple“ mit, Gerard habe an die Presse ein förmliches Dementi gelangen lassen: Er habe niemals Pariser Journalisten unterzungen gewährt. Der Rest der Meldung ist von der Zensur gestrichen.

Der Metropolitan Billin, der in russischen fortgeschrittenen Kreisen verhoht ist, soll nach russischen Blättern bei den Hof- und Regierungskreisen mehr und mehr den Einfluß gewinnen, den früher Kasputin hatte.

Der neue holländische Finanzminister. In Stelle des zurückgetretenen Finanzministers van Ona ist der frühere Minister Treub wieder ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Stellungnahme der Reichstagsfraktion.

In einer am Donnerstag abgehaltenen Fraktions Sitzung hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschlossen, den Kriegskrediten ihre Zustimmung zu erteilen und bei dieser Gelegenheit ihre Stellung durch Abgabe einer Erklärung zu präzisieren.

Am Dienstag wird die politische Debatte im Reichstag mit der ersten Lesung des Haushaltsetatals ihren Anfang nehmen. Wie wir erfahren, wird an diesem Tage der Reichstanzler das Wort ergreifen, um über die Kriegslage und die auswärtige Politik zu sprechen. Von Seiten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind zu Rednern für die am Dienstag beginnende politische Debatte bestimmt worden die Genossen Scheidemann und Reil.

Reichstag.

Hilfsrichter für das Reichsmilitärgericht.

Der Reichstag erledigte die Tagesordnung der ersten Sitzung dieses Jahres in knapp einer Stunde. Für den Gesetzentwurf betreffend Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht beauftragte der Abg. Stadthagen (Soz. Ardg.) Kommissionsberatung. Genosse Landsberg erklärte für die sozialdemokratische Fraktion, daß sie bereit gewesen sei, den Gesetzentwurf, der einen kleinen Fortschritt bringe, sofort zu verabschieden, da jedoch Kommissionsberatung beantragt sei, werde sie diesem Antrag zustimmen. Der Antrag auf Kommissionsberatung wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion und der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt. Materie soll die Frage des Militärstrafrechts bei der Etatsberatung behandelt werden. Daß hier Reformen dringend nötig sind, erkannte auch der Abg. Lehrenbach (Z.) an.

Debattelos stimmte der Reichstag dem von allen Parteien gestellten Antrag auf Vorberatung der Erklärungsfragen in einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern zu.

Morgen steht u. a. die Vorlage über die neugeforderten Kriegskredite von 15 Milliarden auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhause.

Im preussischen Abgeordnetenhause kam es am Donnerstag bei Beratung der Mittelstandsfragen nochmals zu einer kurzen Debatte über die Kriegsziele. Der Konservativste Newoldt, den offenbar der Ruhm der Fuhrmann und Bell nicht schlafen läßt, hielt es, obwohl die Frage mit dem Gegenstand der Tagesordnung nicht das geringste zu tun hat, für angebracht, die Annexion des Hafens von Antwerpen zu fordern und gegen die sozialdemokratische Friedenspolitik zu warnen. Genosse Leinert erwiderte ihm kurz und bündig, daß die Sozialdemokratie, so sehr sie sich auch gegen jede Herabdrückung Deutschlands auf die Zeit vor 1870 wehren würde, doch nur ein Kriegsziel, die Verteidigung des Vaterlandes, kenne, und daß sie jede Gemeinshaft mit den Annexionspolitikern ablehnen müsse.

Was im übrigen zur Förderung des Mittelstandes angeregt wurde, unterscheidet sich wesentlich von der Art der Mittelstandsreiterei, die in früheren Jahren im preussischen Landtage beliebt wurde; es scheint, als ob auch manche Herren von der Rechten in diesem Punkte umgelernt haben. Die Resolution der Kommission, die u. a. die Ausdehnung der Kriegshilfsklassen auf selbständige Mitglieder des gewerblichen Mittelstandes und die Berücksichtigung der Handwerks- und

Kleinbetriebe bei der Ueberleitung in die Friedenswirtschaft fordert, wurde angenommen.

Das Haus begann dann die Beratung des Steueretatals. Die Debatte bewegte sich mit Rücksicht darauf, daß die steuerpolitischen Fragen, namentlich das Verhältnis Preußens zum Reich, erst später aus Anlaß eines besonderen Initiativantrages beraten werden sollen, im wesentlichen auf steuerrechtlichen Gebiete. Von unserer Seite betonte Genosse Dirich die Notwendigkeit einer baldigen Reform sowohl der Staats- als auch der Gemeindefiskusgesetz unter Berücksichtigung der schon früher wiederholt von der Sozialdemokratie vorgetragenen Wünsche. Ebenso trat er den von anderer Seite propagierten Plänen auf Schonung des Besitzes bei den neuen Steuern entgegen.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

Ein Pluralwahlrechtsblock.

Der konservativen Parteiführer Otta v. Redlich gehört zu den konservativen Politikern, die erklären haben, daß ein Einbürgerungsblock der konservativen Partei gegen die Wahlrechtsreform diese nicht aufhalten, dagegen die Konservativen in Mitleid bringen würde. Seine Taktik geht dahin, daß die Konservativen die Wahlrechtsreform selbst in die Hand nehmen sollen; natürlich mit dem Hintergedanken, daß sie dann noch immer klümpeliger für konservative Ansprüche ausfallen würde, als wenn sie gegen den Widerstand der Konservativen gemacht würde. Er zielt bekanntlich auf die Einführung eines Pluralwahlrechts, und da für solches künstliches Gebilde wenig Volkstimmung zu erzielen sein dürfte, will er die Wahlrechtsreform möglichst rasch und geräuschlos durchbringen. In einem Artikel der „Post“ weist er die Regierung dringend auf die Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit eines vorherigen Benehmens und tunlicher Verständigung mit den benachteiligten Parteien des Abgeordnetenhauses hin, welche zu positiver Mitarbeit für ein so abgestuftes Wahlrecht bereit sind. Er verwirft die neuerdings vielfach angewandte Methode der Regierung, erst nach Einbringung einer Vorlage im Parlament mit den Parteien zu verhandeln, und preist dagegen die praktischen Vorteile der von ihm empfohlenen Uebung. In hohem Grade ist es ihm wünschenswert, daß vor Einbringung der Wahlrechtsvorlage mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Parteien, auf deren Mitwirkung die Regierung rechnen zu können glaubt, eingehend verhandelt wird, und daß dies nicht bloß überhaupt, sondern auch möglichst bald geschehe.

Herr v. Redlich nimmt es bei seinen Ausführungen als gewiß an, daß die Reform des Wahlrechts noch vor den nächsten allgemeinen Wahlen im Abgeordnetenhause vorabschieben werden und daß die Regierung die Vorlage eines Pluralwahlrechts ausgearbeitet habe. Er verhoht mit diesen Voraussetzungen gegen die Anordnungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die bekanntlich verboten hat, sich über den Inhalt der Wahlrechtsreform Gedanken zu machen. Aber wir hoffen, daß er mit dem ersten, und fürchten, daß er mit dem zweiten recht hat.

Der Streit um den Frieden.

In einem offenen Brief hatte der Freiherr Karl v. Thüngen-Rothbach eine Einladung der Zentralkomitee „Bürgerrecht“ zum Beitritt schroff zurückgewiesen und sich als Anhänger weitgehender Annexionen bekannt. Ihm antwortet jetzt der Vorsitzende der Zentralkomitee Prof. Duidde gleichfalls in einem offenen Briefe, worin er den von Herrn v. Thüngen gewünschten Frieden kennzeichnet und dann fortfährt:

Daß ein solcher Friede auf Grund der heutigen militärischen Lage nicht zu erzwingen ist, sondern einen überwältigenden Sieg, durch den die Feinde förmlich zu Boden gezwungen werden, voraussetzt, darüber wird wohl auch keine Meinungsverschiedenheit bestehen? Für alles weitere aber gehen wir auseinander. Wir denken verstanden über die Möglichkeit und vor allem über die Wünschbarkeit der Friedensbedingungen, die Sie andeuten. Sie legen den überwältigenden Sieg, der uns gestatten soll, den Frieden zu diktiert, voraus. Wir aber fragen: Wie lange soll der Krieg noch fortgesetzt werden, um ein solches Ergebnis zu erzielen? Wenn der U-Boot-Krieg in absehbarer Zeit und den Erfolg bringt, England zu einem Verhandlungsfrieden im Sinne des Friedensangebots vom 12. Dezember bereit zu machen, sollen und dürfen wir dann für das Ziel des „Gewaltfriedens“ weiter kämpfen? Und kann jemand erwarten, daß unsere Verbündeten dabei mitun würden? Die Rede des Grafen Tisza spricht deutlich genug.

Graf Tisza hatte am 24. Januar und am 5. Februar im ungarischen Abgeordnetenhause erklärt, daß die Mittelmächte an ihrer Friedensbereitschaft, wie sie sie am 12. Dezember bekundeten, noch immer festhalten, und er hat diese Erklärung gestern wiederholt.

„Besonnene Begeisterung“.

Durch Anzeige in den „Alldeutschen Blättern“ sucht ein völkischer Verband einen rede- und weisgewandten Herrn als Geschäftsführer. Als besondere Eigenschaften werden verlangt: „Besonnene Begeisterung für deutsche Hoheitsziele, genaue Kenntnis der Deutschbewegung ufm.“ Dem Kandidaten wird Aussicht auf Gehaltssteigerung geboten, doch ist nicht gesagt, ob das Gehalt im Verhältnis zur bewiesenen Besonnenheit oder zur Begeisterung steigen soll.

Ein Beispiel für „besonnene Begeisterung“ finden wir — abgesehen von der Rede des Herrn Wildgrube im Bund der Landwirte — auch in der „Kreuzzeitung“, wo ein besonnener Begeisterter sich mit dem Beweis abmüht, daß die Friedensverhandlungen nur in Berlin geführt werden dürfen. Vorher schon hat der deutsche Sprachverein festgestellt, daß die Friedensverhandlungen in deutscher Sprache geführt werden müßten. Hoffentlich fordern die Herren nicht auch noch, daß die Kriegsschädigung nur mit deutschem Gelde gezahlt werde. . .

Preise der diesjährigen Frühkartoffeln.

In der halbamtlichen Notiz wird der möglichst umfangreiche Anbau von Frühkartoffeln als dringend erwünscht bezeichnet. Es sind besondere Maßnahmen getroffen, um die Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Saatgutes nach Möglichkeit zu beheben. Wie im vergangenen Jahre werden die frühesten Sorten von der Festsetzung eines Höchstpreises und von der öffentlichen Bewirtschaftung und zwar bis zum 30. Juni ausgenommen bleiben. Vom 1. Juli ab läßt sich bei der Lage der Vorläufe die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln nicht vermeiden. Im Monat Juli wird der Höchstpreis für Frühkartoffeln nirgends unter acht Mark für den Zentner festgesetzt werden. Die Bundes- und Provinzialkartoffelstellen sollen aber ermächtigt werden, je nach den Verhältnissen in ihrem Amtsbezirk eine Erhöhung des Zulapreises bis auf 10 M. vorzunehmen und schon jetzt bekanntzugeben. Vom 1. August ab soll ein Abbau der Kartoffelpreise mit der Maßgabe vorgenommen werden, daß der Preis für Herbstkartoffeln, der in nächster Zeit bekanntgegeben wird, am 15. September erreicht wird.

Danach wird der diesjährige Höchstpreis für Frühkartoffeln um 2 M. hinter dem vorjährigen zurückbleiben, falls nicht — was sich heute nicht übersehen läßt — die zugebilligten Ausnahmen zur Regel werden sollten. Was sind die Gründe wohl bekannt.

die eine Steigerung des Anbaues von Frühkartoffeln äußerst wünschenswert machen, aber das Mittel des Anreizens durch hohe Preise hat im vorigen Jahre völligen Schiffbruch erlitten.

Die Main-Donau-Wasserstraße.

Im Finanzausschuß des bayerischen Abgeordnetenhauses wurde am Dienstag die Regierungsvorlage über die Main-Donau-Wasserstraße einstimmig angenommen.

München, 22. Februar. In der Kammer der Abgeordneten äußerten sich bei Beratung des Gesetzentwurfs über die Projektierung des Großschiffahrtsweges Main-Donau von Aschaffenburg bis Passau die Redner aller Parteien zustimmend zu der Regierungsvorlage. Der Verkehrsminister Seidelin erklärte, der Krieg habe gezeigt, daß das Eisenbahnwesen nicht allen Bedürfnissen genügt sei und der Rhein-Donau-Wasserweg aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen eine Notwendigkeit sei. Das Reich sei an dem Unternehmen mit interessiert, und Bayern würde eine Unterstützung des Unternehmens durch das Reich als eine Maßnahme begrüßen, die Bayern für seine wirtschaftliche Lage wenigstens einigermaßen einen Ausgleich zu geben würde. Nur hierdurch könne jene Verschiebung, die sich zurzeit ungünstig für Bayern ergebe, einigermaßen gut gemacht werden.

Michaelis Amtsantritt. Der Unterstaatssekretär Michaelis hat sein Amt als Preussischer Staatskommissar für Volksernährung heute angetreten. Der Amtssitz ist bis auf weiteres im königlichen Finanzministerium, Berlin O. 2, Am Festungsgraben 1.

Letzte Nachrichten.

Ein italienischer Truppentransport versenkt! Tausend Mann umgekommen.

Amtlich, Berlin, 22. Februar. Eins unserer Unterseeboote hat am 17. Februar im Mittelmeer den italienischen Truppentransportdampfer Rinas (2554 T.) durch Torpedoschuß versenkt. Der Dampfer hatte tausend Mann Truppen, eine große Ladung Munition und Gold im Werte von drei Millionen Mark für Saloniki an Bord. Die Beladung des Dampfers und sämtliche an Bord befindlichen Truppen sind umgekommen, mit Ausnahme von zwei Mann, die von dem Unterseeboot gerettet wurden.

Der Dampfer Rinas ist schon in dem Bericht vom 19. Februar erwähnt.

Erfolge unserer U-Boote.

Von unseren U-Booten wurden versenkt: Am 4. Februar der norwegische Dampfer Solbraken mit 3170 Tonnen Weizen von Buenos Aires nach Cherbourg, am 6. Februar der norwegische Dampfer Alabara mit Getreide und Wein von Neapel nach London, an demselben Tage der norwegische Dampfer Saviarb mit Erbsen nach Rintgen.

Zusammenstoß deutscher und italienischer Truppen.

Berlin, 22. Februar. Der italienischerseits befürchtete Zusammenstoß deutscher und italienischer Truppen ist in Ragadon am 12. Februar erfolgt und hat den Italienern ihre Stellungen südlich der Höhe 1060 bei Paralovo gekostet. Mit Rücksicht auf die Stimmung in Italien, wo die Presse wiederholt Befürchtungen über die Offensiven im Trentino unter deutscher Beteiligung äußerte, haben die Italiener diese Niederlage mit allen Mitteln zu verschleiern versucht. Der Orientbericht der Entente meldete am 16. die Wiederoberung der verloren gegangenen italienischen Stellungen. Den Sieges- und Jubelshymnen, die italienische Blätter daraufhin über die unvergleichliche Tapferkeit ihrer Truppen anstimmten, muß entgegengehalten werden, daß die vermeintlich zurückeroberten Stellungen noch immer in deutschen Händen sind. Die Italiener versuchten lediglich am Tage nach ihrer Wagnahme einen schwächlich durchgeführten und völlig erfolglosen Gegenstoß. Seitdem ist kein neuer Gegenangriff erfolgt, nicht einmal der Versuch dazu. Inzwischen ist die Stellung deutscherseits planmäßig ausgebaut worden und die deutschen Patrouillen beherrschen nach wie vor das Vorfeld auch dieser neuen Stellung.

Offizielle Erklärung gegen Wildgrube.

Berlin, 22. Februar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

In der gestrigen Versammlung des Bundes der Landwirte hat der Abgeordnete Dr. Wildgrube an zwei Reden des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza eine scharfe Kritik geübt, die sachlich ohne Berechtigung ist und schon deshalb scharf zurückgewiesen werden muß. Herr Dr. Wildgrube hat aber auch nicht berücksichtigt, daß die politische Lage unserer Bundesgenossen in ihren Handlungen und Entschlüssen die volle Unabhängigkeit bezieht, die der Gleichberechtigung unter den verbündeten Mächten entspricht. Keinem deutschen Politiker steht ein Rügerecht gegen den ungarischen Ministerpräsidenten zu, und die schuldige Rücksicht auf einen der gereuesten und erprobtesten Staatsmänner wird außer acht gelassen, wenn jemand es unternimmt, ihm in öffentlicher Versammlung ebenso hinfällige Vorhaltungen zu machen. Wir beobachten daher auf das lebhafteste die Reaktionen, die der Abgeordnete Dr. Wildgrube geübt hat.

Golizin reformiert „durchgreifend“.

Kopenhagen, 21. Februar. „Wschewija Wjedomosti“ teilt mit, daß das russische Ministerium des Innern eine wichtige Gesetzesvorlage ausarbeitet, die eine durchgreifende Reform des ganzen russischen Regierungssystems erstrebt. Hauptzweck der Vorlage sei jedoch, die Regierungsgewalt gegenüber den fortschrittlichen Strömungen in Russland zu stärken. Das genannte Blatt erklärt weiter, der Minister des Innern habe kürzlich den Gouverneuren seine Mißbilligung über die mangelhafte Zensur in der Provinz ausgesprochen und ihnen eingeschärft, die Regierungsvorrichtungen strengstens durchzuführen.

Der Aufstand auf Kuban.

Sasel, 22. Februar. („Post. Ztg.“) Sasel meldet aus New York: Die kubanische Regierung teilt mit, daß in der Provinz Santa Clara die Ordnung wiederhergestellt wurde, ebenso in der Gegend des Caraguay. Amerikanische Kriegsschiffe wurden nach Havana geschickt. Der Befehl der Vereinigten Staaten gab bekannt, daß die amerikanische Regierung die Behörde unterstützt und die Revolutionäre beurteilt; sie macht die Führer des Aufstandes persönlich für alle Attentate gegen Fremde verantwortlich.

Er mordung einer Prostituierten.

Stettin, 22. Februar. Gestern Abend wurde eine 50 Jahre alte Stettinerin in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Sie war mit einem Strumpf erhängt und ihrer Barschaft beraubt worden. Der Verdacht der Täterschaft lenkt sich auf einen 35 bis 40 Jahre alten Soldaten. Die Morbtat ist offensichtlich schon Dienstag Abend verübt worden.

Gewerkchaftliches.

Frauen als Funktionäre der Gewerkschaften.

Recht häufig ist vor dem Kriege darüber Klage geführt worden, daß die Frauen so geringen Anteil an den organisatorischen Bestrebungen ihrer Männer nehmen. Diesem wurde den Männern die Schuld dafür zugeschoben, weil sie ihre Frauen nicht genügend über den Wert der Organisation informierten und interessierten. Daran ist gewiß viel Wahres. Viele Männer, die selber organisiert sind, glaubten, die Frauen verständen davon ja doch nichts; überhaupt wäre Organisation nur eine Sache, die die Männer angehe. Darum fanden auch die wiederholt von Gewerkschaftskongressen angenommenen Resolutionen, die den organisierten Männern es zur Pflicht machten, für Organisation ihrer in der Heimarbeit tätigen weiblichen Familienangehörigen zu wirken, nur geringe Beachtung.

Erfreulicherweise haben aber doch recht zahlreiche Männer ihre Frauen über die Notwendigkeit der Organisationen aufgeklärt, und nicht wenige genießen jetzt die Freude, in ihren Frauen Helferinnen bei ihrer Organisationsarbeit gefunden zu haben. Während des Krieges haben in verschiedenen Organisationen die Frauen die Arbeiten ihrer eingezogenen Männer für die Organisation übernommen, und manche führten selbst nach dem Tode des Mannes diese Arbeit fort. Das Organ des Maler-Verbandes veröffentlichte vor einiger Zeit einen Brief der Frau eines ihrer Funktionäre, in dem sie den Tod ihres Mannes mittelt und dann fortfährt:

Die Verbandsgeschäfte werde ich weiterbesorgen, bis der schreckliche Krieg ein Ende hat; denn mein Mann hing doch zu sehr am Verbande. Weiz ich auch, unter welchen Schwierigkeiten er ihn mit aufgebaut hat, und habe deshalb manche bittere Stunde mit ihm geteilt, als die Arbeitgeber ihn maßregelten. Deshalb werde ich die Arbeit für den Verband besorgen, bis die Kollegen wieder zurückkehren; denn es sind jetzt nur noch zwei Kollegen da, alle sind eingezogen.

Nunmehr berichtet auch die „Dachdecker-Zeitung“ über Erledigung der Verbandsarbeiten durch Frauen eingezogener Kollegen aus einer ganzen Reihe von Orten. Sie nimmt diese Erfahrungen zum Anlaß, den Frauen den Dank der Organisation auszubringen und auszusprechen, daß in der Beschäftigung der Arbeit und der Fähigkeiten der Frauen nach dem Kriege eine andere Haltung eingenommen werden müßte. Da die Ausführungen von allgemeinem Interesse sind, geben wir sie hier im Wortlaut wieder:

Erfreulicherweise haben wir trotzdem in einigen Orten recht brave Mitarbeiterinnen gefunden. Besonders im Königreich Sachsen und in Thüringen; aber auch in anderen Teilen des Landes hatten in verschiedenen Filialen die Frauen der eingezogenen Kollegen treue Nachbarn über unseren Verband. Sie stellen die Abrechnung auf und berechnen sich nicht. Dabei ist es eine Freude, zu sehen, wie schnell sie das System begriffen haben. Auch die Durchführung der Fragebogen geschieht von ihnen in der besten Weise, und im Briefwechsel stellen sie ebenfalls ihren „Mann“ überhört zeigt sich gerade durch die Erfahrungen des Krieges, daß wir unsere Mitarbeiterinnen recht oft unterschätzt haben, daß wir vielleicht ein ganzes Stück weiter gekommen wären, hätten wir uns mehr ihrer Hilfe versichert. Nun, was wir in dieser Beziehung übersehen haben, kann nachgeholt werden. Wir werden in den kommenden Friedensjahren sowie mit unseren Frauen eine große Veränderung vorgehen sehen; denn ihre Heranziehung zur Industrie, zu allen möglichen gewerblichen Handlungen wird so leicht nicht mehr ausgeschlossen werden können. Es schadet auch nichts, wenn wir es nur verstehen, sie heranzuziehen in den Gewerkschaften, der wir Organisation führt. Darin liegt ein großes Stück Zukunftsbearbeitung. Soweit es an uns liegt, wollen wir dafür sorgen, daß auch im übrigen die Stellung der Frau im öffentlichen Leben besser wird. Wir freuen uns der tätigen Mithilfe unserer weiblichen Verbandskollegen und werden ihnen, wenn erst wieder bessere Zeiten kommen, einen besonders schönen Kranz widmen.

Für alle unsere Mitglieder aber ergibt sich daraus die Lehre, mehr wie bisher in der Frau die treue Mitarbeiterin zu achten, sie teilzunehmen zu lassen an unseren Kämpfen, an unserer Arbeit, sie als unsere Freundin auch in diesen Dingen zu betrachten. Das wird unser Dank sein. Möge aus dieser schweren Kriegszeit die höhere Achtung des weiblichen Geschlechts als schönes Geschenk mit in die Friedenszeit hinübergenommen werden. Auch was die Frauen sonst leisten im Erhalten und Ertragen, in Mühen und Arbeit, gibt ihnen ein Anrecht auf höhere Einschätzung, als es leider bisweilen geschah. Indem wir allen unseren tätigen Frauen vielen Dank obhätten, vertragen wir ihnen, unseren Teil beizutragen an dieser wichtigen „Reorientierung“.

Deutsches Reich.

Kriegsausgleich der technischen Verbände.

Zur Durchführung des Technikerfestenachweises im Rahmen des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes haben sich im Embreehnen mit dem Kriegsamt der Bund der technisch-industriellen Beamten, Deutscher Verein der Gas- und Wasserfachmänner, Deutscher Techniker-Verband, Deutscher Meisterverband, Verband deutscher Architekten-

und Ingenieurbereine, Verband deutscher Chemiker, Verein deutscher Eisenhüttenleute, Verein deutscher Ingenieure, zum „Kriegsausgleich der technischen Verbände“ zusammengeschlossen. Der Kriegsausgleich hat am Sitz der Kriegsdienststelle eines jeden Generalkommandos einen Obmann, der Balancen und Bewerungen für Techniker entgegennimmt. Ebenso nehmen die Stellennachweise der oben angeführten Verbände Meldungen von Balancen und (auch von nichtorganisierten Gewerbeten) Bewerungen für technische Beurlaubungen entgegen. Alle sonstigen einschlägigen Anträge und Mitteilungen sind zu richten an den Vorsitzenden des Kriegsausgleichs der technischen Verbände, Verbandsbeamten Karl Müller, Berlin, Wilhelmstr. 180.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausgleich für Groß-Berlin.

Der Schriftfeger F. aus der Druckerei der G.-Zeitung will einen Kriegsschein haben wegen zu geringen Verdienstes. F. ist für diese Druckerei rekrutiert, seine Familie wohnt in Kiel. Der Verdienst wird vom Kriegsausgleich als zu gering erachtet. Da aber die Firma nicht geneigt ist, mehr Lohn zu zahlen (F. erhält alles in allem 38 M. wöchentlich), wird der Kriegsschein erteilt. Dergleichen erhielten der Maschinenfeger L. und der Schriftfeger R. von derselben Firma einen Abfahrtschein.

Der Schriftfeger H. von der Druckerei E. will gleichfalls einen Kriegsschein, da er mit seinem Lohn von 39 M. nicht auskommen könne. Da eine Verhandlung mit der Firma nicht möglich, wird dem Schriftfeger, da sein Anspruch als berechtigt anerkannt wird, der Kriegsschein erteilt.

Der Robelsticker D. von der Firma B. will einen Kriegsschein, weil ihm seine Arbeit nicht gefällt. D. war an eine andere Stelle verlegt, eine Verdienststeigerung war damit nicht verbunden. Der Kriegsausgleich sah keinen Anlaß dafür, daß D. den Betrieb verläßt und lebte die Erteilung eines Kriegsscheins ab.

Von derselben Firma L. erkrankten 82 Maschinenbauer und wollen einen höheren Abschlagslohn als bislang. Es wird vereinbart, daß der Abschlag um 10 Proz. und die Abschlagszahlung um 25 Proz. erhöht werden.

Der Sattler S. von der Firma D. will einen Kriegsschein wegen zu wenig Verdienstes. Auch sei die Arbeit, die er jetzt anfertigt, keine eigentliche Sattlerarbeit. S. soll richtige Sattlerarbeiten erhalten, und falls die Ausführung zu wünschen übrig läßt, soll ihm der Kriegsschein erteilt werden.

Der Sattler H. von derselben Firma will einen Kriegsschein, da er aus verschiedenen Gründen den weiten Weg aus einem östlichen Vorort Berlins nach Spandau nicht mehr zurücklegen kann. Der Vertreter der Firma erklärt, daß die Firma innerhalb 14 Tagen in Berlin einen neuen Betrieb eröffnet, dort soll H. dann arbeiten. Für die 14 Tage bis dahin erhält H. 10 M. Entschädigung. Damit sind beide Parteien einverstanden.

Der Sattler A. von der Firma K. ist kein gelernter Sattler, und soll ihm deshalb die neue Arbeit, die er erhalten hat, auferlegt werden. Da A. jedoch aus einem angrenzenden Beruf kommt, soll ihm zwei Wochen Zeit zum Erlernen gegeben werden; für diese Zeit erhält er neben seinem Aufwandslohn 20 M. Entschädigung.

Von der D.B.Z. in Bittenau befristeter sich 120 Werkzeugschleifer, weil ihnen die Firma die versprochene 7 1/2-prozentige Zulage nicht zahlt. Die Firma bestreitet, die Zulage gemacht zu haben. Da es nicht möglich war, Klarheit zu schaffen, macht der Kriegsausgleich den Vorschlag, daß der Stundenlohn auf 2,10 M. festgesetzt werden soll, und wenn Aufwandslohn eingeführt werden sollte, eine Garantie von 2 M. Stundenlohn gegeben werden soll. Damit würde nur ein Teil dessen zugestanden werden, was die Arbeiter forderten. Trotzdem hat die Firma den Schiedspruch abgelehnt, während die Arbeiter sich mit dem Schiedspruch einverstanden erklärten. Damit würde also nach § 18 des Hilfsdienstgesetzes den gesamten 120 Mann der Ablehrer zugesprochen.

Die Prämie der Meisterer in der Pulverindustrie hatte wegen einer Feuerungszulage Differenzen mit den Unternehmern. Da die Verhandlungen zu keinem Resultat führten, wurde der Kriegsausgleich zur endgültigen Erledigung angerufen. Hier kam es zu einem Schiedspruch auf folgender Grundlage:

Für Arbeiter, die vor dem 31. Dezember 1916 in Auftrag gegeben sind, sollen 1,10 M. Stundenlohn gezahlt werden; für Arbeiter nach dem 31. Dezember 1916 1,20 M. Bei diesen Sätzen soll es bis zum Ablauf des Larfs (1. Juli 1917) bleiben. Falls über diese Sätze Zweifel entstehen, hat ein Vertreter der Parteien das Recht, die Abmachungen einzusehen.

Soziales.

Zufahrt für Kriegsbeschädigte!

Zu der Sitzung des Reichstags 1916 versprach die Regierung, aus einem ihr zur Verfügung gestellten Fonds zum Ausbleich von Härten, die sich bei der Bekämpfung der Hinterbliebenen Kriegsgefallener und der Kriegsbeschädigten selbst ergeben, bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung der Versorgung Zufahrtrenten zu gewähren. Namentlich sollte das Arbeitseinkommen der Gefallenen oder der Beschädigten bei der Rentenverteilung mit in Betracht gezogen werden. Die Grundzüge, nach denen die Zufahrtrenten an die Hinterbliebenen gewährt werden, haben wir im „Vorwärts“ vom 13. November 1916 mitgeteilt. Die Grundzüge für die Gewährung von Zufahrtrenten für die Beschädigten selbst lauten folgendes:

Voraussetzung für die Zufahrtrente ist, daß der Kriegsbeschädigte eine Einbuße seiner Erwerbseinkommen um mehr als ein Drittel zu beklagen hat und sein jetziges Arbeitseinkommen um mindestens ein Viertel geringer ist als das vor dem Kriege erzielte. Erreicht es

5000 M., so wird eine Zufahrtrente nicht gegeben; ein 3000 M. übersteigender Schaden wird in seinem Reibrubtrage nicht berücksichtigt. Auf das Einkommen wird die Kriegszulage — ohne Berücksichtigung der Zulage — angerechnet. Auf die Zufahrtrente wird auch ein Bezug aus öffentlichen Kassen angerechnet, darunter auch die Renten der gesetzlichen Versicherung. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen stellt sich die Zufahrtrente auf 30 Proz. des Schadens. An einigen Beispielen sei das klar gemacht.

I. Handlungsgehilfe, Ufa. b. Ref.; Militärrente von 75 Proz.; früheres Arbeitseinkommen 8000 M.; jetziges Arbeitseinkommen 1000 M., also Schaden von 7000 M. Darauf wird die Militärrente von 450 M. und die Kriegszulage von 180 M., zusammen 630 M., angerechnet. Es bleibt also ein Schaden von 1970 M. Die Zufahrtrente stellt sich auf 30 Proz. dieser Summe, also auf 591 M. Die etwa bezogene Inhabitenrente wird auf diese Summe angerechnet, die Berücksichtigungszulage nicht.

II. Metallarbeiter, Landwehrmann; Militärrente von 60 Proz.; früheres Arbeitseinkommen 2500 M., jetziges 1580 M., also Schaden: 940 M. Die Militärrente in Höhe von 824 M. und die Kriegszulage von 180 M., zusammen 1004 M., werden angerechnet. Demnach bleibt ein Schaden von 488 M. Er bleibt unberücksichtigt, weil das jetzige Einkommen höher als drei Viertel des früheren ist.

III. Bergmann, Landsturmman; Militärrente von 50 Proz.; früheres Arbeitseinkommen 2000 M., jetziges 900 M. Auf den Schaden von 1100 M. werden angerechnet die Militärrente von 270 M. und die Kriegszulage von 180 M., zusammen 450 M. Der zu berücksichtigende Schaden stellt sich also auf 650 M. Die Zufahrtrente — 30 Proz. dieses Betrages — stellt sich auf 195 M.; sie wird jedoch nur in Höhe von 150 M. gewährt, weil mit dieser Summe ein Einkommen von drei Vierteln des früheren erreicht ist. Würde der Bergmann auf Grund der früheren knappschaftlichen Versicherung eine Anwartschaftspension beziehen, wird auch diese auf die Zufahrtrente angerechnet.

IV. Tischler, Wehrmann; Militärrente von 40 Proz.; früheres Arbeitseinkommen 1830 M., jetziges 950 M., also Schaden von 880 M. Darauf erfolgt Anrechnung der Rente und Kriegszulage von zusammen 398 M. Der zu berücksichtigende Schaden stellt sich also auf 482 M. Die Zufahrtrente — 30 Proz. — auf 144,60 M. Sie wird nur in Höhe von 110 M. zur Auszahlung gebracht, weil mit dieser Summe drei Viertel des früheren Arbeitseinkommens erreicht ist.

Die Bemessung der Zufahrtrenten erfolgt immer nur auf ein Jahr. Der Antrag auf Gewährung ist beim zuständigen Bezirksfeldwebel zu stellen. Die Entscheidung über die Gewährung liegt zurzeit noch beim Kriegsministerium.

Die Fortbildung des Lehrlings geht den geschäftlichen Interessen voraus.

Herr Bremer in Breslau, dem Geschäftsführer eines Betriebes, war die Genehmigung, einen Lehrling wegen dringender Arbeiten vom Fortbildungs-Schulunterricht fernhalten, verweigert worden. Nach dem Urteil ist eine solche Genehmigung erforderlich. Bremer ließ den Lehrling trotzdem nicht zur Fortbildungsschule gehen. Als er dann angeklagt wurde, machte er geltend, er habe den betreffenden Lehrling am fraglichen Tage nicht einberufen können. Die Einziehung erwachsener Arbeiter zum Heere habe ihn in Verlegenheit gebracht. Wenn auch die von ihm nachgesuchte Genehmigung vom Schulleiter verweigert worden sei, so habe er sich wegen der Dringlichkeit der Arbeit doch genötigt gesehen, den Lehrling an jenem Tage dem Unterricht in der Fortbildungsschule fernzuhalten. Das Landgericht in Breslau sprach den Angeklagten frei, indem es in selbständiger Würdigung der Umstände davon ausging, daß objektiv ein dringender Grund für das Verhalten des Angeklagten vorgelegen habe. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft am Kammergericht trat dem Rechtsmittel bei, indem er ausführte: Ohne die Genehmigung des Schulleiters hätte der Angeklagte nach dem Urteil den Lehrling überhaupt nicht von der Fortbildungsschule zurückhalten dürfen. Höchstens hätte er sich über den abweichenden Bescheid des Schulleiters bei der Verwaltungsbehörde beschweren dürfen. Im übrigen habe aber auch das Landgericht die Sache nicht richtig gewürdigt. Das Landgericht gehe davon aus, daß ein Lehrling dem Arbeitgeber übergeben sei als Stütze und Hilfskraft im Geschäft. Diese Auffassung sei aber falsch. Der Lehrling sei vielmehr in seinem eigenen Interesse dem Lehrherrn, um etwas zu lernen, um sich fortzubilden. Dieses Interesse, das notwendig auch den Besuch der Fortbildungsschule einschließt, stehe im Vordergrund und dürfe nicht hinter das Geschäftsinteresse des Arbeitgebers zurücktreten.

Das Kammergericht folgte auch dem Antrage des Oberstaatsanwalts, indem es das landgerichtliche Urteil aufhob und die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwies. Begründend wurde ausgeführt:

Das Kammergericht wolle vorliegend dahingestellt sein lassen, ob das Verweigerungsrecht des Angeklagten mit Recht oder zu Unrecht zurückgewiesen worden ist. Jedenfalls dürfte die Zurückhaltung des Lehrlings nicht schon deshalb als begründet angesehen werden, weil der Arbeitgeber im Geschäftsinteresse den Lehrling im Geschäft bringen brauchte. Das würde eine Verletzung der Pflichten des Lehrherrn gegenüber dem Lehrling bedeuten. — Deshalb sei die Vorentscheidung aufzuheben und die Sache zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht zurückzuverweisen.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil: Alfred Scholz, Rosenthal; für Inserate: Dr. Blode, Berlin. Druck u. Verlag: Voornichts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Dieser 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.

Es hilft Ihnen nichts,

sich gegen Augenschmerzen zu sträuben, sobald Ihre Augen nachlassen. Sie schaden sich nur selbst, leisten schlechtere Arbeit, werden schneller müde und leiden schließlich an Kopfschmerz und Nervosität, für die Sie allerlei Gründe suchen und vergeblich allerlei einnehmen. Greifen Sie sobald als möglich zu Sanocopygläsern, sie werden Ihnen wohl tun. Aber wenn Sie dann wieder arbeiten können, als wären Sie 10 Jahre jünger und wenn Ihre Augen klar und ruhig dreinschauen und Ihre Gesichtszüge jenen nervösen abgegränzten Ausdruck verlieren und Kopfschmerz Ihnen fern bleibt, dann werden Sie sagen, wie so viele vor Ihnen:

Der Rat war gut!

Optiker Ruhnke

Neu: Schöneberg
Haupt-Str. 21 am Kaiser-Wilh.-Platz

C. Am Alexander-Platz neben Hingeler.
SO. Dramen-Str. 44. nahe Orienten-Platz.
W. Leipziger Str. 113. 6de Kaiser-Str.
NW. Friedrich-Str. 150. 6de Dorotheen-Str.

W. Leipziger Str. 113. 6de Kaiser-Str.
NW. Friedrich-Str. 150. 6de Dorotheen-Str.

N. Chaussee-Str. 72.
NW. Invaliden-Str. 164. 6de Brunnen-Str.

Charlottenburg.
Jannitschen-Str. 13. 6de Markgraf-Str.
Joachimistaler Str. 2. am Behnhof 30a.

Kommen Sie also vertrauensvoll zu uns und geben Sie uns bald Gelegenheit Ihnen zu zeigen, wie wir Ihnen helfen können.

Kostenlos

prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 4,50 M. an. Dafür erhalten Sie bei uns schon einen guten Gold-Doublet-Restor (ohne Gläser) und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. so lange alle Reparaturen umsonst*, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Hornsteile, Schildepart und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen. Ein Paar stark gewölbte, punktfrei abbildende Kontakt-Glaser kosten nur 3 M. das Paar, auf Sanocopy-Glas 5 M.



Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!
Wilmersdorf: Bernauer Str. 132-3.
a. d. Usland-Str.
Friedenau: Rhein-Str. 18, 6de Ring-Str. gegenüber der Heller-Gasse

An die werttätige Bevölkerung Groß-Berlins!

Der Weltkrieg hat, wie alle Völker, so auch das unsere vor ungeheure Entscheidungen gestellt!

Wenn die deutsche Sozialdemokratie seit Beginn dieses furchtbaren Völkerringens für einen Frieden kämpft, der mit einem menschenwürdigen Dasein der schaffenden Massen vereinbar ist, so erfüllt sie damit nur den ersten Teil ihrer unendlich schweren Aufgabe. Ein zweiter steht ihr noch bevor. Das ist der Kampf um das gleiche Recht für alle und um eine tiefgreifende Neugestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die den Interessen der Arbeit entspricht.

Sowie der Krieg kein Ende nehmen kann, solange nicht in allen Ländern das sozialistische Friedensprogramm eines gerechten Ausgleichs zwischen den Völkern Aufnahme findet, so werden auch die namenlosen Verwüstungen des Krieges nicht gutgemacht werden können ohne die Durchführung des sozialistischen Wirtschaftsprogramms.

Einem Volk, das solche Opfer getragen hat, wie das deutsche Volk, kann und darf die volle staatsbürgerliche Freiheit und Gleichberechtigung nicht vorenthalten werden! Ein Wirtschaftssystem, dessen Folgeerscheinung der scheußliche Kriegswucher ist, hat sich selbst gerichtet!

Aber die greifbarste Wahrheit führt noch nicht zu befreiender Tat, wenn sich mächtige Interessen ihr entgegenstellen. Die Widerstände, die die Sozialdemokratie auf ihrem Wege zu überwinden haben wird, können so leicht nicht überschätzt werden. Nur freudige Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeit durch gewaltige Volksmassen, nur der Ausbau und Wiederaufbau einer großen geschlossenen Organisation der Partei kann zum Ziele führen!

Darum richten wir an Euch, Frauen und Männer den Ruf, Euch unserer Organisation, der Groß-Berliner Organisation der Gesamtpartei anzuschließen.

Mit dem Eintritt in unsere Gemeinschaft, mit der Teilnahme an unserer Aufklärungsarbeit, unseren Kämpfen, betretet Ihr den Weg, der Euch von einem stumpfen Untertanendasein zu einem höheren Menschentum führt.

Tausende und aber Tausende gibt es, die mit den Zielen der Sozialdemokratie innerlich übereinstimmen, aber doch noch nicht die Entschlußkraft gewonnen haben, sich der Partei anzuschließen. Sie alle sollten es jetzt als ihre Ehrenpflicht betrachten, alle kleinlichen Rücksichten fallen zu lassen und sich mit Stolz als Mitglieder unserer Partei zu bekennen!

Wenn von gegnerischer Seite in Friedenszeiten ungeheure Summen aus verhältnismäßig wenigen Leuten zu unserer Bekämpfung aufgebracht werden, so müssen wir es mit dem Grundsatz halten: „Viele Wenig machen ein Viel“. Der niedrig bemessene Parteibeitrag (40 Pf. monatlich für Parteigelehrten, 20 Pf. monatlich für Parteigelehrten) kann nur dann ein ausreichendes Gegengewicht gegen die überreichlichen Mittel der anderen werden, wenn sich sehr viele an dem Aufbau mitbeteiligen.

Aber das schaffende Volk muß über eine große und leistungsfähige Organisation verfügen, wenn es nicht nach diesem furchtbaren Kriege besser organisiert und zahlungsfähigeren Mächten erliegen soll.

Denkt an die, die in Not und Gefahr drängen! Sie haben ein Recht, von Euch zu verlangen, daß Ihr daheim die Zeit benutzt, um für ein freieres, besseres Deutschland die Grundlagen zu schaffen! Das könnt Ihr durch Euren Beitritt zur sozialdemokratischen Partei!

Mitglied der Partei kann jeder werden, der mit uns für die Volksherrschaft und Sozialismus zu kämpfen bereit ist. Wir wollen, daß die schaffende Arbeit alles gelten soll und der tote Besitz nichts. Nicht wer durch fremde Arbeit reich geworden ist, sondern wer die Gesamtheit durch seine körperliche und geistige Arbeit bereichert, der verdient Lohn und Anerkennung! Darum sind wir Gegner des Kapitalismus, Sozialisten!

Wir verlangen auch kein Bekenntnis zu einer bestimmten „Richtung“ innerhalb der Partei, sondern jedem Mitglied ist seine Meinungsfreiheit verbürgt. Unentbehrlich ist aber einer kämpfenden Partei die demokratische Beachtung von Mehrheitsbeschlüssen, die Einheit des Handelns, die innere Geschlossenheit der Organisation. Darum haben wir uns von denen trennen müssen, die glauben, diese notwendigen Grundzüge einer demokratischen Partei mißachten zu dürfen. Wir bekämpfen jedes Sekterertum, jede Sonderbündelei.

Zu der Einheit der Bewegung liegt ihre Kraft.

Schädliche Zersplitterungsbestrebungen werden desto rascher ihre Wirkung verlieren je deutlicher sich herausstellt, daß die Masse des werttätigen Volkes fest zur Fahne der sozialdemokratischen Gesamtpartei steht!

In inneren Kämpfen ist die Partei groß geworden, schon einmal — um 1870 — hat sie eine Spaltung erlebt. Aber sie hat diese Krisen überstanden und hatte vor dem Kriege, eine Höhe erreicht, die ihr die Nähe ihres Sieges verkündigte.

Soll es heißen: Zerfall? Stillstand? Rückschritt? Nein! Vorwärts und festes Zusammenhalten — das sei die Lösung!

Tretet ein! Werdet die Unseren!

Zahlstellen der Parteiorganisation Groß-Berlins:

Ausschneiden!

Alle Mitglieder der Berliner Parteiorganisation zählen ihre Beiträge:

Aufbewahren!

<p>1. Kreis. Giese, Gastwirt, Kommandantenstraße 89.</p> <p>2. Kreis. Germann Frike, Kleinf. 6b. August Brandenburg, Chodowienstraße 17. Helmut Bauerlicher, Kriegerdenkmalstraße 13. Georg Feldmann, Lindenstr. 2. August Kuschner, Hagedorferstr. 2a. Günther Schröder, 64. Reinhold Böhmchen, Kreuzbergstraße 12. Karl Schuler, Chamissoplatz 4. Gustav Schmidt, Bismarckstr. 42. W. Wittenberg, Prinzenstr. 110.</p> <p>3. Kreis. Feldmann, Lindenstr. 2, Zigarrengeschäft. Hilf er, Eichenstr. 88, Zigarrengeschäft. Rabie, Gastwirt, Neue Jakobstr. 1. Kunze, Köpenickerstr. 47. Schafow, Steinbreiterstr. 6. Abelung, Dresdener Str. 17, Zigarrengeschäft. Fris, Prinzenstr. 31, „Vorwärts“-Buchhandl. Gedron, Gastwirt, Gimeckstr. 18.</p>	<p>4. Kreis. Paul Böhm, Pankow Platz 14/16, „Vorwärts“-Expedition. G. Gaiard, Brangelstr. 66. Otto Geißler, Staliner Str. 60, Gastwirt. Christian Schulze, Kantienstr. 77, Gastwirt. G. Schley, Brangelstr. 61, Gastwirt. Paul Weitzer, 22. G. Dano, Kaufstr. 46. Dr. Schitten, Eimonsstr. 37. Wälzow, Dirschauer Str. 17, Zigarrengeschäft. K. Gerhardt, Stalauer Allee 23. Wag Knapp, Altesheimer Str. 26. Willy Vogel, Gieselerstr. 14, Gastwirt. Kug. Spanemann, Poststr. 20, Zigarrengeschäft. Karl Kuhn, Schreinerstr. 58, Gastwirt. Karl Schröder, Neger Str. 100. K. Klugler, Kochstr. 13. Wag Bassen, Bornimstr. 36. Alban Weller, Verkaufstr. 1. Franz Köppel, NO, Köpenickerstr. 27 (Keller).</p>	<p>5. Kreis. G. Thale, Gastwirt, Großstadter Straße 163. Winger, Gastwirt, Christburger Str. 9. Rösner, Immanuelstr. 1. Krahe 25. Zahr, Waldstr. 19. Franz Wolke, Bornimstr. 5. Ochanski, Zährstr. 174 („Vorwärts“-Expedition). Wideri, Poststr. Eichenstr. 198. Wiese, Kantienstr. 26 IV.</p> <p>6. Kreis. Ed. Burg, Gastwirt, Prenzlauer Allee 162. H. Schmidt, Schönhauser Allee 57. W. Goldschmidt, Gastwirt, Stolpische Straße 26. G. Hoffmann, Gastwirt, Eismühlener Straße 47. P. Tobroch, Gastwirt, Eismühlener Straße 11. Hilf. Wolke, Poststr. 9 („Vorwärts“-Expedition). G. Reuter, Gastwirt, Eichenstr. 29a. K. Weiser, Wieselstr. 22. J. Schönig, Wälderstr. 24a („Vorwärts“-Expedition). G. Juch, Gastwirt, Weidingerstr. 5. Fris Schäfer, Gastwirt, Poststr. 65. G. Rothenberg, Gastwirt, Bornimstr. 21. H. Abraham, Gastwirt, Kordwiler 10. Punkte, Triftstr. 63, Restaurant. Joh. Zehle, Lindener Str. 26, Restaurant. Willy Richter, Waldstr. 31, Restaurant. Karl Marx, „Vorwärts“-Expedition, Gieselerstr. 22. Willy Klein, Stargarder Str. 8. Germann Fischer, Kantienstraße, „Vorwärts“-Expedition.</p>	<p>Zehlendorf-Beckow. A. Abershof, Nebeneck Pankow, Bismarckstr. 63. Baumschulenweg, Wilhelm Erbe, Gastwirt, Baumhulsenstr. 14. Frida Gerlich, Behringstr. 45. G. Klyne, Kiehlstr. 150. Bohnendorf, Emil Gammann, Wälderstr. 14. Berth. Wilhelm Putenschu, Kungälderstr. 37 b. Charlottenburg, Max Eich, Kollwitzstr. 4, Neubau IV; August Gebert, Rosenthalstr. 3, post 1; Johann Schneider, Kollwitzstr. 1; Eberhard IV; Otto Neumann, Königin-Elisabeth-Str. 6a; Richard Pregel, Sidingenstr. 51, I. Eingang, Weststr.; Max Brill, Kollwitzstr. 2; Frau Hans Hoppe, Semmeringstr. 23; Frau Hedwig Rolke, Rosenthalstr. 4, Neubau. Cöpenick, Rudolf Krüger, Köpenicker Str. 33; Otto Goene, Rosenthalstr. 103. Friedenau, Haber Samrowitz, Köpenickerstr. 4; Ferdinand Wolke, Schmalklocher Str. 2. Lichterfelde, Hermann Köppe, Hindenburgdamm 75 I. Lankwitz, Paul Lampe, Eichenstr. 50 I. Lichtenberg, Richard Stern, Straßstr. 8. Neukölln, Jarwig, Reichelstr. 68; Schüs, Stuttgarter Straße 16; Glöge, Bornimstr. 18; Richter, Kollwitzstr. 67; Wauger, Bornimstr. 26; Schrich, Köpenicker Str. 79; Hensch, Köpenicker Str. 52; Pfannkuch, Hermannstr. 174; Brinckmann, Vogel-</p>	<p>Niederbarnim. Buchholz, A. Dornick, Pankow, Pankowstr. 109. Fichtenau, Max Tobias, Kollwitzstr. 14. Friedrichsdorf (Ostbahn), Robert Kraus, Kantienstr. 2; Friedrichshagen, Richard Köderitz, Waldstr. 3. Hoh. Neuendorf, A. Weigel, Kantienstr. 109. Karlshorst, H. Baumgärtner, Kantienstr. 2; A. Schumann, Weiler Str. 2. Kaulsdorf (Ostbahn), Marie Buchmann, Eichenstr. 8. Lichtenberg, Richard Peterhans, Köpenickerstr. 12/13 I; Gust. Trinius, Köpenickerstr. 25 I; Daniel Bärkel, Köpenickerstr. 25 II; August Kiermann, Köpenickerstr. 13 I; Gustav Schulze, Kollwitzstr. 13 I; Paul Jentsch, Eichenstr. 6, Eingang I; 3 Tr.; Albin Weichelt, Köpenicker Str. 12 III; Wilhelm Jüdel, Köpenickerstr. 26/27 I; Alfred Michel, Kollwitzstr. 13 I; Gustav Schulze, Kollwitzstr. 13 I; Gustav Schulze, Kollwitzstr. 13 I. Steglitz, Gustav Schumann, Köpenickerstr. 7. Tempelhof, Gustav Neumann, Köpenickerstr. 94 I. Treptow, Robert Gramenz, Köpenickerstr. 419; Wilhelm Bemm, Köpenicker Str. 51. Wilmerdorf, Paul Goldberg, Köpenickerstr. 97. Zehlendorf, Karl Bonow, Köpenickerstr. 11. Zossen, Otto Fern, Köpenickerstr. 25.</p>
---	---	---	---	---

In allen Zahlstellen: Nennaufnahmen von Mitgliedern. — Umtausch der alten Bücher und Annahme von Beiträgen.

Abonnements auf den „Vorwärts“.

Reichstag.

81. Sitzung vom Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsitz Dr. Helfferich Roebert, Zimmermann.

Präsident Dr. Raumbach begrüßt die Abgeordneten und entbietet auch dankbaren und bewundernden Gruß dem Heer und der Flotte sowie ihren genialen Führern und fernst dem ganzen Volke, das wie nie zuvor an der Arbeit ist, trotz aller Schwierigkeiten für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zu arbeiten.

Präsident Dr. Raumbach gedenkt dann des seit dem letzten Zusammensein des Reichstags verstorbenen Abg. Roland-Püde und des am 5. Januar auf dem Schlachtfelde gefallenen Abg. von Rehing (Deutsche Fraktion).

Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Der Präsident begrüßt dann noch besonders den Abg. Fürst Radziwill, der nach mehr als anderthalbjähriger Internierung aus Rußland zurückgekehrt ist.

Auf der Tagesordnung steht die

erste Beratung eines Gesetzesentwurfs betreffend Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht.

Ministerialdirektor Lemmke begründet die Vorlage mit der durch den Krieg verursachten großen Belastung des Reichsmilitärgerichts.

Abg. Stadhagen (S. A.):

Man muß doch den Ursachen der Überbelastung des Reichsmilitärgerichts nachgehen, gegen die hier eine der Zahl und der Zeit nach unbegrenzte Vermehrung der Richter gefordert wird. Am 7. April 1916 eruchte der Reichstag den Reichsanwalt, schließlich eine Vorlage um Herabsetzung der Mindeststrafen nach dem Militärstrafgesetzbuch zu machen. Wäre dies geschehen, so wäre schon längst eine Entlastung des Reichsmilitärgerichts eingetreten. Die Begründung des Entwurfs sagt: Die Mehrbelastung des Gerichtshofes wird sich gerade in den nächsten Monaten besonders fühlbar machen. Das klingt ganz so, als ob geplant ist, das Delinquenzgesetz in verheerendem Umfange anzuwenden. (Sehr richtig! h. d. Soz. A.) Deshalb ist es notwendig zu erwägen, ob nicht die Beschwerdebefugnisse gegen die Eingriffe durch das Delinquenzgesetz zu erweitern sind. Doppelt notwendig ist dieses angesichts der Unterdrückungen von Zeugnissen, der Unterdrückungen der Berufszugehörigkeit, der Eingriffe in die Wahlrechte, wie sie im Kreise Potsdam-Osthavelland geschehen sind, wo den Wählern das Kandidatenrecht durch den Versammlungsvorstand beschränkt worden ist. Ein sehr gutes Mittel, zur Entlastung der Gerichte beizutragen, wäre die persönliche Verantwortung der einzelnen Beamten für ihre Handlungen einzuführen. (Sehr wohl! h. d. Soz. A.) Der Notwendigkeit, im Augenblick einige Hilfsrichter zu ernennen, beschließen wir uns nicht. Aber der Zeitpunkt ihrer Funktion und ihre Zahl muß beschränkt sein. Sie müssen in einer Kommission festgesetzt werden, an die wir das Gesetz zu verweisen beantragen.

Abg. Landsberg (S.):

Die Erhebung unzulässiger Klagen ist gewiß nicht wünschenswert. Es leuchtet uns aber ein, daß das Gesetz vom 4. Dezember zu einer gewissen Steigerung der Sachen beim Reichsmilitärgericht führen müßte. Zu ihrer Bewältigung kann die für die Friedenszeit vorgesehene Zahl von Richtern nicht ausreichen. Das Gesetz bringt daher einen kleinen Fortschritt und meine Freunde würden bereit gewesen sein, es heute bereits zu verabschieden. Da jedoch Kommissionsberatung beantragt ist, werden wir diesem Antrage zustimmen.

Abg. Dobs (Sp.): Die bessere Hand an das Gesetz vom 4. Dezember ist bei der Beratung des Justizetat anzulegen. Jetzt wollen wir den kleinen Fortschritt, den der vorliegende Entwurf bringt, nicht durch eine Kommissionsberatung verzögern.

Abg. Wertin (Deutsche Fr.): Auch meine Freunde halten eine Kommissionsberatung nicht für erforderlich.

Abg. Fehrenbach (S.):

Die Schwierigkeiten einer Reform des Militärstrafgesetzbuchs erkennen wir nicht. Sie ist aber außerordentlich dringlich. Es ist geradezu ein Kommer, wenn man sieht, wie die Gerichte das Recht beugen und auch beugen müssen, um über die entsetzlichen Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuchs hinwegzukommen. Eine große Belastung des Reichsmilitärgerichts ergibt sich auch durch die Art, wie das Schulstrafgesetz von den unteren Behörden gehandhabt wird. Wenn ein Gouverneur nach dem Gesetz überhaupt nicht trägt, so muß auch ihm der militärische Gehorsam gegen die Anordnungen der höchsten militärischen Oberbefehlshaber beigetragen werden. (Beifolgende Zustimmung.) In sich wäre es nicht ungeeignet, diese Dinge in einer Kommission zu besprechen. Aber das vorliegende Gesetz ist klar, absolut notwendig und muß rasch erledigt werden. Auf die angebotenen Dinge behalte ich mir vor, beim Justizetat einzugehen.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Soz. Arbeitsgemeinschaft abgelehnt.

Ein von allen Parteien eingebrachter Antrag „Zur Vorbereitung der Ernährungsfragen“ einen Ausschuß von 25 Mitgliedern einzusetzen, wird ebenfalls angenommen. Die Tagesordnung ist erledigt. Schluß der Sitzung: 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr, pünktlich. (Keine Anträge, erste Lesung des Etats und der Kriegssteuern.)

Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung, Donnerstag, den 22. Februar, mittags 12 Uhr.

Am Ministerstisch: Dr. Schönn

Die zweite Lesung des Haushalts wird beim

Ministerium für Handel und Gewerbe

jauchig mit der Besprechung der Mittelstandsfragen.

Abg. Dr. Rosenfeld (S.) verlangt planmäßige Festsetzung des Handwerks zu den Kriegslieferungen. Die Handwerker sollten das Wort nie vergessen: Für Dir selbst, so läßt Dir Gott!

Abg. Dr. Krawinkel (S.): Um der Preissteigerung der Waren vorzubeugen, müssen wir den Mittelstand wieder aufrichten. Die Parole eines Teils der Sozialdemokratie, daß nach dem Kriege alles wieder auf den früheren Stand kommen müßte, hat gestern schon der Abg. Sell vom Zentrum abgelehnt. Antwerpen in der Hand Englands werde die Entrossung Deutschlands bedeuten. (Vizepräsident Dr. Börsch fordert den Redner auf, nur zum Gegenstand der Tagesordnung zu reden.) Redner spricht dann über über Kreditfragen des Handwerks.

Abg. Haase (Sp.) führt Beschwerde über mangelhafte Beteiligung der Handwerker an Geschuldlieferungen. Man sollte die Aufträge in kleine Lose verpacken; aber vielfach wird ein Gewerbetreibender beauftragt, weil es der vorgehenden Militärbehörde bequemer ist. An der Beschaffung der Rohmaterialien ist auch das Handwerk sehr interessiert, daher gehören auch seine Vertreter in den betreffenden Beirat. (Sehr richtig!) Man möge dem Handwerk den Weg freimachen, damit es beweisen kann, daß es durch das Kriegshandwerk das Friedenshandwerk nicht verlernt hat. (Beifall links.)

Ein Regierungskommissar geht auf einige Einzelbeschwerden des Redners ein. In letzter Zeit seien fast gar keine Beschwerden in der von dem Redner erwähnten Art mehr an das Ministerium gekommen.

Abg. Leinert (Soz.):

Das Handwerk ist mit Recht auf den Weg der Selbsthilfe betrieblen worden. In Organisationen fehlt es ihm nicht, es ist sogar überorganisiert, überorganisiert. Reverbings sind nun die Lieferungen überhand genommen, durch die ein Heranziehen von Handwerkemeistern zu den Kriegslieferungen möglich geworden ist. Einem ähnlichen Zweck dienen die Vermittlungszentralen der Klein- und Mittelbetriebe. All diese Einrichtungen sind berufen, den Kampf der Kleinbetriebe gegen die Großbetriebe zu führen. Das ist natürlich nur bis zu gewissen Grenzen möglich, darüber müssen sich das Handwerk und die Kleinbetriebe nicht täuschen. Der Zweck solcher Lieferungsverbände und der Vermittlungszentralen geht dahin, preisbeteuernde Zwischengewinne auszuscheiden, das ist also das selbe Prinzip wie es den Konsumvereinen zugrunde liegt. Die vielen Kleinbetriebe, die während des Krieges zu existieren aufgehört haben, werden auch nach dem Kriege nicht wieder entstehen können. Der Kleinbetrieb der Handwerker wird von innen ausgehöhlt

durch die Erfindung immer neuer Maschinen. Auch die Stilllegung von Betrieben durch das Hilfsdienstgesetz wirkt in der Richtung des Verschwindens der Kleinbetriebe. Auch die Kreditbeschaffung kann da nicht viel helfen. Die Hoffnung des Handwerks auf all diese Hilfsmittel wird viel Enttäufung erfahren. Die Entwicklung zum Großbetrieb läßt sich eben nicht aufhalten. Die Bekräftigung ist natürlich sehr wichtig. In Berlin ist die Zahl der Bekräftigten in kurzer Zeit von 41 000 auf 7000 zurückgegangen; die meisten jungen Leute gehen heute in die Munitionsinindustrie. In der Bekräftigung hat sogar Herr Hammer im Kriege umgelehrt. (Hört hört! — Heiterkeit links.) Er ist jetzt auch dafür, daß der Fortbildungsmittel der Handwerker in der Tagesstunden stattfinden muß. In der Tat ist eine bessere fachliche Ausbildung dieser Bekräftigten dringend notwendig. Die Ausbildung beim Meister selbst schafft dem Handwerk vor allem billige und willige Arbeitskräfte. Natürlich ist die praktische Ausbildung notwendig, aber Hand in Hand damit muß die theoretische Fachausbildung gehen. Daher ist es Aufgabe des Staates, für die theoretische Weiterbildung dieser jungen Leute zu sorgen. Sie müssen zu allen technischen Schulen, auch den höheren, zugelassen sein, wenn das Wort wahr werden soll: Dem Lützigen freie Bahn! (Sehr gut!) — Herr Hammer behauptete, der deutsche Konsum wird nicht ausgebeutet, wobei vom Produzenten, noch vom Händler. Herr Hammer scheint von den Verordnungen gegen übermäßige Preissteigerung usw. nichts gehört zu haben. Im Gegenteil muß ich leider feststellen, daß der

Durcher sich immer schamloser bemerkbar macht.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erwarte, daß die Behörden trotz der Ausführungen des Herrn Hammer, der sogar von „Bucher-Psichose“ sprach, sich von der scharfen Bekämpfung des Durchers nicht abbringen lassen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Wenn Herr Hammer sich für die Wirtschaftsfriedlichen einsetzt, geht er auch von der falschen Voraussetzung aus, als seien dies Arbeiterorganisationen. Es sind in der Tat Organisationen der Unternehmer, in die die Arbeiter hineingebracht worden sind, um den Unternehmerinteressen zu dienen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Reibold bezeichnet den Hafen von Antwerpen als unbedingt notwendig für Deutschland. Die gestern Herr Kuhnmann die französische Flotte für die Großindustrie, so verlangte Herr Reibold heute Belgien für das Handwerk. Ich stelle fest, daß die deutsche Reichsregierung sich niemals für eine Annexion Belgiens erklärt hat. Und als in der Kommission des Abgeordnetenhauses auch von der Notwendigkeit gesprochen wurde, Antwerpen für Deutschland zu behalten, erwiderte ein Vertreter der Regierung, daß dagegen wohl deutsche Händel, wie Emden, Bremen und Hamburg, den allergrößten Einspruch erheben würden. Unsere Haltung in der auswärtigen Politik ist durchaus begründet.

Gegen die Herabdrückung Deutschlands

auf die Zeit vor 1870 werden auch wir uns unter allen Umständen wehren. Aber wenn Herr Reibold meint, es behalte den Untergang Deutschlands, wenn es auf den Stand vor 1914 wieder komme, so standen damit in Widerspruch seine Ausführungen über die ungeheure wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in der Zeit bis zum Kriege. Wenn wir uns gegen die ungeheure Überwacht Englands auf den Stand von 1914 behaupten, so bedeutet das ein Sieg Deutschlands. Wenn England sein Ziel, die Verschmelzung Deutschlands, nicht erreicht, dann hat England diesen Krieg verloren. (Sehr richtig! links.) In der Rolle der Regierung an die Neutralen hieß es sehr richtig: Das deutsche Kriegsziel der Verteidigung des Vaterlandes ist erreicht. Deutschland hat sich auch bereit erklärt, an einer starken Gemeinschaft mitzuarbeiten, die der Wohlfahrt der ganzen Welt dienen soll. Dann dürfen aber keine Kulturmationen vorgeworfen werden. Die Hegemonie Deutschlands in Europa, die Herr Reibold offenbar will, ist unvereinbar mit der Gleichberechtigung aller Kulturmationen, die wir vertreten, im Einverständnis mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes. (Beifolgende Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Ströbel (Soz. A.) (zur Geschäftsordnung): Ihr Schlußantrag beweist, daß Sie die Stimme der Besonnenheit und der Wahrheit nicht hören wollen. (Heiterkeit.) Dies Verfahren einer Minderheit gegenüber ist höchst unlogisch. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die Fraktion des neu orientierten Sozialismus hat hier zu allen Fragen sprechen können. Ich mißbillige Ihr das Vergnügen nicht, aber mit welchem Recht schreiben Sie uns das Wort ab, die wir der Zahl und dem Gewicht der hinter uns stehenden Stimmenmacht mindestens das gleiche Recht zu beanspruchen haben. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.)

Abg. Hammer (L.) bestreitet, über die Fortbildungsschulen jetzt eine andere Auffassung zu haben als früher, und betont, daß er der schärfste Gegner des Durchers sei; mit der Psychose habe er nur die Angelegenheit des Fußballs gemeint. Der Etat wird bewilligt. Die Anträge der Kommission werden angenommen.

Entschlo ohne Erörterung der Etat der Verwaltung der indirekten Steuern angenommen.

Etat der direkten Steuern.

Abg. Dr. Brodt (L.) erörtert die Frage der Weiterhaltung der Steuerzuschläge.

Abg. Graf v. d. Groeben (L.): Notwendig ist eine Reform der Einkommensteuergesetze in der Richtung, daß die Summen, die sich jetzt der Einkommensteuer noch zu entziehen wissen, erfährt werden. Einer Jungellensteuer stehen wir wie der Finanzminister nicht ablehnend gegenüber. Unsere Landräte sind steuerlich durchaus genügend vorgebildet. Die neuen Reichssteuern dürfen nicht zu einer Ausdünnung der preussischen Steuern führen. Das Gebot von Vermögenskonkulationen zur Deckung der Reichsschulden halte ich für sehr gefährlich. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Levy (natl.): Wir erwarten die Regelung der Frage der Steuerzuschläge spätestens nach dem Kriege. Das Hauptgewicht legen wir auf gleichmäßige und gerechte Betätigung. Das ist aber bis heute infolge der Überbelastung der Landräte unmöglich. (Sehr richtig! links.) Wir brauchen unbedingt technisch vorgebildete hauptamtliche Veranlagungskommissare.

Abg. Girsch (Soz.): Es ist in der Debatte wieder der Standpunkt vertreten worden, daß den Einzelstaaten die direkte Besteuerung vorbehalten bleiben müsse. Eine zu hohe Besteuerung der Einkommen, sagt man, führe dahin, daß die Steuerzahler keine Kapitale in man-

henden Unternehmungen mehr anlegen. Meine Freunde haben sich vor dem Kriege vor allem

gegen alle indirekten Steuern,

die die Lebenshaltung der Arbeiterbetrieblen belasten, gewandt und haben keinen Anstoß, davon abzugehen. Andererseits haben wir natürlich niemanden verlangt, daß die Einkommen so hoch besteuert werden sollen, daß überhaupt jeder Anreiz, sie in verboden Unternehmungen anzulegen, verschwindet. Eine solche Besteuerung würde, im Gegenwärtigen jedenfalls auch die Arbeiterbetrieblen erheblich schädigen. Durch den Krieg haben sich die Verhältnisse in der steuerlichen Belastung der verschiedenen Schichten gegen früher verschoben. Wenn die Zahl der unteren Rentieren sich im Kriege erheblich vermehrt hat, so deshalb, weil die Arbeiter, denen es vergönnt war, zu Hause zu bleiben, erheblich höhere Einnahmen vielfach erzielt haben als vorher. Aber man darf nicht vergessen, daß das Ausnahmegesetz die Zukunft zu zehren. Für eine bestimmte Abgrenzung der Besteuerung seitens der Einzelstaaten und des Reichs sind auch meine Freunde. Es fragt sich nur, wie das gemeint ist. Soll damit gemeint sein, daß das Reich keine direkten Steuern mehr erheben soll, sondern nur indirekte, dann müßten wir den schärfsten Protest dagegen erheben. (Sehr wahr! h. d. Sozialdemokraten.) Das würde bedeuten, daß die ungeheuren Lasten, die das Reich nach dem Kriege zu tragen haben wird, in der Hauptsache den Arbeiterbetrieblen aufgelegt werden. (Sehr richtig! h. d. Sozialdemokraten.) In Preußen ist eine organische Reform der Staatssteuergesetze und auch des Kommunalabgabengesetzes notwendig. Sie ist für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege angehend; unsere Wünsche dazu haben wir oft genug geäußert. Vor allem verlangen wir weitere Ausdehnung des Arbeiterprivilegs. Ueber die Frage der Jungellensteuer können wir uns unterhalten, wenn ein solcher Vorschlag kommt. Grundföhlliche Bedenken dagegen sind kaum geltend zu machen. Noch wie vor fordern wir natürlich Befreiung der Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter, die darin liegt, daß die Arbeitgeber gezwungen sind, das Einkommen ihrer Arbeiter bis zum letzten Pfennig anzugeben. Ferner verlangen wir eine wesentliche Herabsetzung der steuerfreien Einkommensgrenze. Bei der kolossalen Entwertung des Geldes ist die bisherige Grenze von 600 Mark nicht mehr zeitgemäß. (Sehr wahr! h. d. Sozialdemokraten.) Das die Steuerzuschläge anlangt, so hat sich herausgestellt, daß der Finanzminister im vorigen Jahre reichlich viel verlangt hat, trotzdem hat er wieder nur dieselben 500 Millionen Einkommensteuer in den Etat eingestellt. Er erweist auf die vermehrten Eingehungen und die Stilllegungen von Betrieben. Aber auf der anderen Seite werden auch immer mehr Kriegsgewinne gemacht, das wird sich sicher ausgleichen und wenn die 500 Millionen wieder weit überschritten werden, werden wir im nächsten Jahre zu prüfen haben, ob wir die Steuerzuschläge noch weiter bewilligen wollen. Wir halten das System der Quotierung für das beste. Die Anstellung hauptamtlicher Steuerkommissare halte ich mit Herrn Levy für dringend notwendig. Gätten wir solche bereits vor dem Kriege überall gehabt, so hätten wir auch ohne Steuerzuschläge dasselbe günstige Ergebnis bekommen können. (Sehr richtig! links.) Den Gedanken, einen

erheblichen Teil des Vermögens zu konfiszieren, um die Kriegsschulden zu decken, halten wir für durchaus diskutabel. Oder sollen etwa die ganzen Lasten auf die werftätige Bevölkerung abgewälzt werden. Gegenüber den Ausführungen des Abg. v. d. Groeben weise ich darauf hin, daß Professor v. Gerlach sich nicht nur gegen zu hohe direkte Steuern, sondern auch zu hohe indirekte Steuern gewandt hat und zwar hat vor einer allzu starken Anspannung der indirekten Steuerquellen. (Zustimmung h. d. Sozialdemokraten.) Die Weiterberatung wird vertagt auf Freitag, 11 Uhr. Schluß: 3 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Wohnungsgesetzkommission.

Die Wohnungskommission des Abgeordnetenhauses hat am Mittwoch ihre Arbeiten vorläufig beendet und den Wohnungsgesetzentwurf mit allen gegen eine konservative Stimme, das Bürgerlichkeitsversicherungsgesetz einstimmig angenommen. In kurzer Zeit wird sie noch einmal zusammentreten, um einen weiteren Gesetzentwurf zu beraten, der dem Landtage voraussichtlich schon in der nächsten Woche zugehen wird. Dem Gesetzentwurf wegen Einführung von Baukostenbüchern, einer Einrichtung, wie sie in Sachsen bereits sukzessive und in Baden obligatorisch besteht, und die es jedem, der ein Grundstück erwerben oder beleihen will, ermöglicht, sich durch Einsicht in die Bücher Kenntnis von den auf dem Grundstück ruhenden öffentlich-rechtlichen Lasten zu verschaffen.

Die Debatte in der letzten Sitzung der Wohnungsgesetzkommission drehte sich in der Hauptsache um die Frage, ob der Staat, wie es der Regierungsgesetzentwurf vorsieht, die Garantie lediglich für solche Hypotheken übernehmen soll, die gemeinnützigen Bauvereinigungen gegeben sind, oder ob, wie es ein fortschrittlicher Antrag verlangte, die gleiche Vergütung auch allen den Grundeigentümern gewährt werden solle, die sich denselben Bedingungen unterwerfen wie die gemeinnützigen Bauvereine. Der Finanzminister stellte sich auf den Standpunkt, daß der Staat keinen Anstoß habe, Privatpersonen eine derartige Hilfe zuteil werden zu lassen, sondern daß er mit seinem Mitteln nur für gemeinnützige Zwecke eintreten könne. Die gleiche Anschauung vertrat v. a. der sozialdemokratische Vertreter, der Zentrum und ein Teil der Konservativen, während die Fortschrittler, die Rechtskonservativen und ein Teil der Nationalliberalen sich auf den Boden des fortschrittlichen Antrages stellten. Der Antrag wurde schließlich mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt.

Der Landwirtschaftsetat.

In der fortgeschrittenen Beratung des Landwirtschaftsetats durch den veränderten Staatshaushaltspolitisch des Abgeordnetenhauses sprach zunächst der Reichsminister unter der Zustimmung des Ausschusses den Tierärzten für ihre außerordentlich wertvolle Arbeit im Kriege die Anerkennung aus. Dann beschäftigte man sich mit der Frage der Viehzucht, insbesondere der Schweinezucht und mit der Ziegenzucht, die durch den Krieg ganz besondere Bedeutung gewonnen habe. Ein Volkspartei-er bringt die

unerhörten Zustände auf dem Gänsemarkt

zur Sprache. Es müsse dafür gefordert werden, daß derart ungläubliche Preise für Gänse und Fett im nächsten Jahr nicht gefordert werden können. Der Minister sagt zu dieser Frage seine Aufmerksamkeit zu schenken. Ein Zentrumabgeordneter wendet sich gegen eine feste Regelung der Gänsepreise; sobald Höchstpreise kommen sollten, werde die Gans überhaupt vom Markt verschwinden. Es müsse im Gegenteil den Rühmtern versichert werden, daß eine Preisregulierung nicht erfolgen werde. Im gleichen Sinne äußert sich auch ein freikonservativer Abgeordneter. Dagegen wünscht der Sozialdemokrat unbedingt eine Preisfestsetzung und bezeichnet die Forderung von 23 M. für ein Pfund Fett als unerschwerlich. Ein Konservativer wendet sich gegen die Preisfestsetzung und betont, daß gerade die Arbeiterpreise Hauptkonsumenten der Gänse seien. Gosmann wendet sich der Zuschuß den

Fischereifragen

an. Ein volksparteilicher Abgeordneter fordert Einstellung höherer Mittel zur Förderung der Fischzucht. Er beirrit die Tatsache, daß mit dem Augenblick der Einziehung der öffentlichen Bewirtschaftung die Fische überhaupt vom Markt verschwunden seien

und kritisiert die hohen Preise für Fischkonserven und Räucherwaren.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß über drei Drittel der Fischer zum Seerechtsdienst eingezogen seien. Der Minister werde alles tun, um eine größere Beurlaubung und stärkere Bereitstellung russischer Gefangenener für die Fischer zu erreichen. Das Fischereigesetz werde vorläufiglich im Mai in Kraft treten und in der Ausführungsanweisung sei den Wünschen des Korrespondenten in vielen Punkten Rechnung getragen. Die Maßnahmen werden zum größten Teil befristet werden, auch mehrere Fischschongebiete. Ein Konkreter Wunsch die Förderung der Korrespondenten: Ein Sozialdemokrat meint, daß die Maßnahmen die Fischer fördern; bei ihrer Aufhebung würden die unter dem Maß bleibenden Fische als Schweißfutter verwendet und die Fischer dadurch geschädigt werden.

Darauf wird die Obsterwirtschaft besprochen. Am kommenden Dienstag wird der Ausschuss über die neu-eingerichtete Stelle des preussischen Ernährungskommissars beraten und am Mittwoch abend über den Etat der Gesundheitsverwaltung.

Vorschüler und Volksschüler.

Der Unterrichtsausschuss des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich mit dem beantragten Antrag auf Befreiung der Besorgung der Vorschüler und der Vergleich bei der Aufnahme in höhere Schulen und gab dem Antrag folgende Fassung: Die Staatsregierung zu ersuchen, Maßnahmen, insbesondere für die Volksschüler zu treffen, durch welche die Aufnahme in höhere Schulen den Volksschülern unter nicht ungünstigeren Bedingungen ermöglicht wird als den Vorschülern.

Aus Industrie und Handel.

Der italienische Südfrüchteexport.

„Popolo d'Italia“ hat einen großen Sieg errungen. Wenigstens bejubelt er das italienische Südfrüchteausfuhrverbot als einen solchen. In der Tat waren seit über Jahrzehnte keine Spalten gefüllt mit alarmierenden Artikeln über die Ausfuhr von Äpfeln, Feigen und Zitronen nach der Schweiz. Er ließ sich von Schweizer Grenzstationen immer wieder fabelhafte Zahlen von Wagonladungen telegraphieren, die mit italienischen Zitronen beladen nach Deutschland befördert worden sein sollten. Aus den Zitronen gestimmt, so wie er in zahlreichen „wissenschaftlichen“ Artikeln nach Deutschland Chemikalien für seine Munitionsherstellung. Dann vorkam eine sinnlose Hege gegen die Schweiz zu folgen, die dem Feinde zu seiner besseren Waffenausrüstung verhelfe. Jetzt hat die italienische Regierung ein Verbot der Ausfuhr von Südfrüchten nach nicht verbündeten Ländern erlassen. Die Schweiz kann zwar geliefert bekommen, jedoch nur auf Grund eines besonderen Erlaubnis-scheins, an den die Bedingung geknüpft ist, daß der Empfänger die Ware nur für den schweizerischen Selbstverbrauch benötigt.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Berliner Handelsgesellschaft, die unter anderem zur A. G., Schwarzpulver, der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen, der Großen Berliner Straßenbahn, der Jul. Pintsch-A. G. enge Beziehungen unterhält, verzeichnet für 1916 einen Reingewinn von 11 Millionen Mark gegen 8,9 Millionen im Vorjahre, woraus wieder 6 Proz. Dividende (1914: 5 Proz., 1915: 8,5 Proz.) verteilt und 1,5 Millionen Mark gegen 268 916,26 Mark vorgetragen werden.

Trotz der Höchstpreise recht lohnend.

Die der „L.A.“ von gut unterrichteter Seite erfährt, ist das Werk „Ökonomie“ bis Anfang Juli mit Aufträgen versehen und sehr gut beschäftigt. Trotz der von der Regierung für die Fabrikate festgesetzten Höchstpreise arbeitet das Werk zurzeit recht lohnend, so daß das Ergebnis des laufenden Jahres mindestens das gleiche, vielleicht aber auch ein günstigeres als das des Vorjahres sein wird.

Hollands Kohlenzufuhr.

Das, 21. Februar. (Mitteilung des Korrespondenzbüros.) Die Reichsstaatsbahnenverwaltung berichtet, daß die Einfuhr deutscher Kohlen im Januar nicht ganz 100 000 Tonnen betragen hat, während man diese für diesen Monat auf 200 000 berechnete, zumal bis heute wegen Einstellung der Schifffahrt auf dem Rhein die Einfuhr ganz geruht hat. Jetzt können mit Sonderzügen monatlich 100 000 Tonnen eingeführt werden. Im günstigsten Falle wird Holland, das monatlich 700—750 000 Tonnen braucht, mit Einschluß der Produktion der Limburger Kohlenwerke über 600 000 Tonnen im Monat verfügen.

Was England betrifft, so ist die im Dezember versprochene Kohlenmenge von 200 000 Tonnen im Monat seit dem 1. Februar ganz weggefallen, da von englischer Seite an die Lieferung der Kohlenforderungen bezüglich der niederländischen Schifffahrt gestellt wurden. Von unterrichteter Seite wird dem Korrespondenzbüro mitgeteilt, daß in englischen Häfen 21 niederländische Kohlendampfer liegen. England macht die Lieferung von Kohlen jetzt davon abhängig, daß die Schiffe mit einer vollen Ladung „Licensed Goods“, also hauptsächlich mit Ackerbauprodukten und Margarine nach England zurückkehren oder sich verpflichten, zwei Keilen mit Steinkohlen nach einem französischen Hafen für England zu unternehmen. Auch die Rückreise der 21 Schiffe nach Holland mit Ballast ist nicht möglich, da England nur dann Dunstkohle geben will, wenn die Schiffe sich verpflichten, zwei Keilen mit Steinkohlen von England nach den französischen Kanalarhäfen oder eine Reise nach dem Golf von Biscaya und mit Erz zurück nach England zu machen. Infolge dieser Bedingungen muß die niederländische Schifffahrt nach England fast ganz eingestellt werden.

Die schlechte Welt-Weizenerte. Die gesamte Ernte 1916/17 in den beiden wichtigsten Ländern der südlichen Erdhälfte, Argentinien und Australien, stellt sich laut Berichten des internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom für Weizen auf nur 70 Proz. des Vorjahres und nur 92 Proz. gegenüber der fünfjährigen Weizen-durchschnittsernte von 1909/14.

Teilweiser Börsenschluß in London. Minister Chamberlain stellte an den Börsenbestand das Ertrucken, wöchentlich die Börse auf einen oder wenigstens einen halben Tag zu schließen, wobei er der Versicherung Ausdruck gab, daß der Krieg in diesem Sommer zu Ende gehen werde.

Aus Groß-Berlin.

Zuviel noch Obdachlose genug!

In der Kriegszeit hat in Berlin das Obdach der Stadt durch das Mittel strengerer Behandlung der Nachzügler eine weitgehende Einschränkung des Zustromes von Aufnahme-begehrten erreicht. Aber über den Umfang der immer noch herrschenden Arbeitslosigkeit sich ein ungefähres zutreffendes Urteil bilden will, muß jetzt die Besucherzahlen der Anstalten des Berliner Asylvereins als Maßstab benutzten. Zwar ist auch hier in der Kriegszeit der Betrieb sehr zurückgegangen, aber im Jahre 1916, aus dem jetzt der Jahres-bericht vorliegt, mußte das Männerasyl noch 91 028 Personen und das Frauenasyl 20 864 Personen aufnehmen. Gegenüber dem vorhergehenden Jahre hat sich die Belegung des Männerasyls um 34 177 verringert, die des Frauenasyls aber um 3776 gesteigert. Beide Erscheinungen werden von

der Verwaltung auf Einflüsse des Krieges zurückgeführt, im besonderen die Mehrzahl der Frauen auf Zustrom vieler Kleinstadtbewohnerinnen, die in Berlin die größere Verdienstmöglichkeit auffuchen.

Der Asylverein hat nun bald ein halbes Jahrhundert hindurch an dem Grundsatz der Menschlichkeit festhalten vernocht, daß er den Obdachlosen eine Freistadt bieten muß und nicht gegenüber den zu oft Wiederkehrenden die Polizei eingreifen lassen darf. Zu den Vereinsasylan leitet man höchstens Abweisungen von solchen, die zu oft kommen, und außerdem von Betrunknen; abgewiesen wurden im letzten Jahr wegen zu häufigen Kommens nur 1245 Männer, aber 1660 Frauen, wegen Betrunknenheit 398 Männer und 45 Frauen. Der Arbeitsnachweis, der mit beiden Anstalten verbunden ist, konnte nur 518 Männern und 36 Frauen eine Beschäftigung vermitteln. Der Jahresbericht weist darauf hin, daß nach dem Kriege große und wachsende Aufgaben für den Verein nicht ausbleiben werden, wenn die Masse der arbeits-losen und mindererwerblichen Kriegsbeschädigten die Hilfe ansuchen müsse — eine Befürchtung, die nicht eintreten darf; denn für alle Kriegsbeschädigten muß so von Staatswegen gesorgt werden, daß sie derartige Wohlfahrts-einrichtungen in Anspruch nehmen können.

Die Briefsperrre gegen den Reichstagsabgeordneten Herzfeld. Der Abg. Dr. Herzfeld hatte gegen den Oberkommandierenden in den Marken und den Berliner Polizeipräsidenten eine Verwaltungsstreitklage angestrengt, weil über die an ihn gerichteten Briefe und Telegramme im August 1916 die Briefsperrre auf Grund einer am 21. Januar 1915 ergangenen geheimen An-ordnung des Oberkommandos verhängt worden war. Die Sperrre wurde nach etwa vier Wochen aufgehoben. Der Bezirksaus-schuss Berlin hat die Klage jetzt abgewiesen. In der Begründung heißt es, daß ein Verwaltungsstreitverfahren gegen Ver-fügungen des Oberkommandos in den Marken nicht zulässig sei. Der Oberkommandierende sei weder Orts- noch Landespolizei-behörde, sondern eine neue, im Gesetz nicht vorgesehene Behörde zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Der Polizei-präsident habe nur die Anordnung des Oberkommandos ausgeführt. Das Verwaltungsgericht habe bereits entschieden, daß Verwaltungs-lagen gegen Verfügungen der militärischen Oberbefehlshaber unzulässig seien.

Eine schlimme Schwaderei leistet sich in seiner gestrigen Abend-ausgabe der Berliner „Lokal-Anzeiger“. Donnerstag vor-mittag fand vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg die erste Gläubigerversammlung in dem Konkurs der Millionen-schwindlerin Kupfer, oder wie er amtlich heißt: Gertraud und Marika Kupfer, statt. Wesentlich Neues brachte die Verhandlung, die mit der Befestigung des Konkursverwalters Schmidt und der Einsetzung eines Nebenpfändigen Gläubigerausschusses endete, nicht. Das ist wohl der Grund, daß der „Lok.-Anz.“ seinen Bericht durch folgende Einzelheiten „bereichert“:

Frau Kupfer selbst war aus der Untersuchungshaft nicht vor-gelassen worden. Wohl aber erschien ihre Tochter, die sich be-kanntlich auf freiem Fuß befindet, eine schlank, mittel- große junge Dame mit schwarzgeschweiften Zügen. Geschieden nahm sie hinter der Schranke des Gerichts auf einem Stuhle Platz. Sie trug ein modisches dunkles, eng-anliegendes Kostüm mit weißer Bluse, einen großen, grauen Rembrandit. Sie schien völlig uninteressiert, nahm an den Verhandlungen gar keinen Anteil und nickte nur hin und wieder einigen Bekannten zu. Fel. Kupfer ist zurzeit in einem Charlottenburger Pensionat — vor-läufig auf „Kosten der Rasse“ — untergebracht.

Solche intimen Betrachtungen waren bisher die Stärke der Wä-scheinigen „G. J.“ Die Scherz-G. u. V. verlorst ansehend, der Konkurrenz gleichkommen. Da dieses Gebiet immerhin noch des Ausbaus fähig ist, werden wir nächstens bei ähnlichen Anlässen infolge des Wettbewerbs weitere hochinteressante Einzelheiten er-fahren. Einem talentvollen Reporter hätte es z. B. nicht schwer fallen können, auch über die Strümpfe der scharfgeschweiften Jung-frau genaue Angabe zu bringen.

Wichtig für Pferde- und Fuhrwerksbesitzer! Die militärischen-seits bei der Handelskammer errichtete Transportzentrale bedarf dringend Pferde und Wagen zur Bewältigung kriegerisch-wirtschaftlicher Transporte (Beförderung von Lebensmitteln, Kollie, Munition und dergleichen). Diejenigen, deren Pferde insbesondere auch Kauf- und sonstige Luxuspferde oder Wagen überhaupt noch nicht oder noch nicht völlig durch kriegerisch-wirtschaftliche Transporte in Anspruch genommen sind, werden ersucht, schleunigst solche Pferde und Wagen der Transportzentrale, die dafür bekanntlich eine sehr angemessene Vergütung zahlt, zur Verfügung zu stellen und diese Absicht dem Militärbüro der Magistrats-, C. 2, Klosterstr. 88, schriftlich anzuzeigen.

Die Anzeigen müssen möglichst folgende Angaben enthalten: 1. Zahl der zur Verfügung gestellten Wagen, getrennt nach Platten-, Langbaum-, Kastenwagen, ihre Größe und Tragfähigkeit; 2. Zahl der zur Verfügung gestellten Pferde, getrennt für leichte und schwere Lasten und Angabe, ob Bestellung mit oder ohne Gefpann-führer erfolgt.

Sollten nicht schleunigst hinreichende Angebote eingehen, so wird zwanngsweise Bestellung, für die dann die gesetzlich festgesetzte wei-geringere Entschädigung zu zahlen ist, in Aussicht genommen werden müssen.

Treptow-Sternwarte. Heber „Sternbauern, veränderliche und neue Sterne“ spricht Direktor Dr. Ardenhold am Dienstag, 27. Fe-bruar, abends 7 Uhr, im großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder. Ferner finden folgende Kino-Vorträge statt: Sonnabend, 24. Februar, um 8 Uhr: „Forschungs-reise zum Südpol“ und „Ein Blick ins Weltall“; Sonntag, 25. Fe-bruar, 8 Uhr: „Hinter der Front“; 5 Uhr: „Höhere Luftfahrt“ (Lichtbilder und Kino); um 7 Uhr: „Von Monte Rosa zur asiati-schen Küste“; Mittwoch, 29. Februar, 8 Uhr: „Aus fernen Ländern“. — Kriegsverwundete haben zu allen Vorträgen freien Zutritt, ebenso ein Kind in Begleitung eines Erwachsenen. — Mit dem großen Fernrohr werden am Tage die Sonne mit ihren Flecken, abends Jupiter, Saturn und Mond, Doppelsterne, Sternhaufen usw. beobachtet. Das Institut ist täglich von nachmittags 2—10 Uhr abends geöffnet.

Der erste Frühlingsbote. Ein alter „Vorwärts“-Leser sendet uns den ersten Redaktionskletterling, einen mittelgroßen Zi-tronenkater, den er Mittwoch mittag auf seinem Laubenland in Lichtenberg gefangen hat. Dem Wunsch des freundlichen Ein-senders, daß der Frite ebenso überraschend und plötzlich kommen möge, schließen wir uns von Herzen an.

Auf Briefsendungen an deutsche Kriegsgefangene in Rußland wird von Amts wegen vor der Auslieferung der Post nach dem Aus-lande der Bestimmungsort mit roter Tinte in russischen Schriftzeichen wiederholt werden, um die persönliche und sichere Anankst der Sen-dungen mehr zu gewährleisten. Die Absender müssen für diesen Zweck und auch für die etwaige Uebersetzung anderer Zeile der Briefe aufzuehen die rechte Hälfte der Aufschrift frei lassen. Die auf die linke Hälfte zu bringende Aufschrift muß recht deutlich in großen lateinischen Buchstaben geschrieben sein.

Späterkehr der Straßenbahn vom Bahnhof Zoologischer Garten. Zur Herstellung eines Anschlusses an den um 12.30 abends auf dem Bahnhof Zoologischer Garten eintreffenden letzten Fernzug wird vom Sonntag, den 28. d. M. ab für den Verkehr durch die Kaiser-allee nach Friedenau und Steglitz eine neue Spätereinbindung auf der Linie F eingerichtet: 12.12 abends ab Lichtersfelde, Händ-

platz, 12.44 abends ab Bahnhof Zoologischer Garten (werktag und Sonntag). Dem gleichen Zweck dienen die bereits bestehenden Straßenbahnpfadverbindungen: Linie R: 12.30, 12.50 (Sonntags 12.37) über Anie, Berliner Straße nach Straßenbahnhof Westend; Linie 80: von Kant-, Ecke Joachimsthaler Straße 12.41 (Sonntags 12.42) über Manisstraße, Joachimsthaler Platz, Schloßstraße nach Straßenbahnhof Westend; Linie A: vom Kurfürstendamm, Ecke Joachimsthaler Straße 12.42 bis Galenseer und 1.2 bis Grunewald, Handelsecke (werktag und Sonntag).

Kasse-Theater. In dieser Woche bleibt die mit großem Erfolg gegebene Operette „Der tolle Bauer“ auf dem Spielplan. Am Sonnabendnachmittag wird das Märchen „Die goldene Gans“ ge-geben.

Lichtspiele Lenau-Palast. Mia May wirkt heute, Freitag, in „Die Silhouette des Teufels“, Schauspiel in vier Akten. Ferner bringt das neue Programm eine lustige Vettergeschichte in drei Akten: „Liebe bleibt Tramp!“

Ein Schleichhandel mit Lebensmitteln ist auf dem Bahnhof Alexanderplatz wieder entdeckt worden. Dorthin meldete ein Jug-führer von seiner Fahrt aus, daß ein Mann eingestiegen sei, der den Eisenbahnschluss um 40 M. betrogen habe. Der Reisende habe es verstanden, auf seinen Fahrchein viermal Gepäck aufzugeben. Das Gepäck sollte deswegen angehalten werden. Die Abteilung 9 des Kriegsministeriums besah sich aber mit diesem Gepäck nicht nur wegen des Betruges gegen die Eisenbahnerverwaltung, sondern es erregte seines Umfangs wegen auch nach anderer Richtung ihren Verdacht. Beamte stellten mehrere Tage auf dem Bahnhof Beobach-tungen an, erwarteten aber vergeblich den Reisenden, der die vier großen Kofferplattenöffner ausgegeben hatte. Dann öffnete man die Koffer und fand den Verdacht in vollem Umfang bestätigt. Die Koffer enthielten gleich in Rentnern Kaffee, Tee, kondensierte Milch, Schinken, anderes Fleisch aller Art, Fett und Gemüselieferanten. Die Kleinstwaren wurden dem städtischen Schlachthof überwiesen, Kaffee und Tee dem Kriegsausschuss. Der Reisende muß irgendwie unter-wegs etwas gemerkt haben und hat nun seine wertvollen Koffer im Stich gelassen.

Eine Butterjohndierin tritt in verschiedenen Stadtteilen auf. Auf sie suchte sie besonders Schöneberg heim. In Higarrengegenden liebt sie das „Abrechen“, läßt sich eine Fernsprecherleitung geben und spricht von Butterlieferungen. Die Geschäftsleute, die das Gespräch mit anhören, fragen, ob sie nicht auch etwas bekommen könnten. Die Frau verteidigt erst, es sei ihr ganz unmöglich, läßt sich aber zurecht, verpricht 5 Pfund, bittet nun, gleich jemanden zum Abholen mitzubringen, läßt sich 20 M. zahlen und beschneidet deren Empfang. Die Butter soll auf dem Grundstück unter den Linden 30 im Keller lagern. Die Schwindlerin besucht mit der Be-gehung zunächst ein Kaffee unter den Linden, um hier eine Tasse Kaffee zu trinken, bittet hierauf die Begleitung, zu warten und geht mit dem Bemerkung weg, daß sie die Butter vom Nachbargarten her-über holen wolle.

Das Spielen mit einer Schußwaffe hat wieder einem jungen Menschen das Leben gekostet. Der 16 Jahre alte Arbeiter Franz Richter, der Sohn einer Witwe aus der Gendarmstr. 28, machte sich in seiner Wohnung mit einem Revolver zu schaffen. Ein Schuß ging los und die Kugel drang ihm in den Kopf. Schwer verletzt wurde er ins Krankenhaus Moabit gebracht, wo er gestern starb.

Der Selbstmord eines Vierundachtzigjährigen wird aus der Kur-fürstentrage gemeldet. Dort erhängte sich der Altmosenempfänger W., der schon länger alterdschwach und kränklich war.

Verbrannt. Ein bedauerliches Brandunglück hat sich in Milien-walde ereignet. Die Arbeiterfrau Jakobis mußte ihre vierjährige Tochter für einige Zeit allein in der Wohnung lassen. Während der Abwesenheit der Mutter machte sich das Kind an der Feuerung des nicht geschlossenen Ofens zu schaffen, wobei die Kleidung des Kin-des in Brand geriet. Bei der Rückkehr der Mutter lag die Kleine mit schweren Brandwunden bestimmungslos vor dem Ofen. Das Kind lag drei Tage lang in den schmerzhaften Brandwunden.

Unfall auf der Gasanlage. Wiederum hat ein Araber wegen einer Gasvergütung, verursacht durch eine schadhafte Leitung, den Tod gefunden. Bei einer in der Brückenstraße 25 in Spandau woh-nenden Arbeiterfamilie hatte man das jüngste, sieben Monate alte Kind während der Nacht in der Küche untergebracht, um dem Vater, der tagelanger Schichtarbeiter war, ungehörige Nachtruhe zu verschaf-fen. Als der Vater zufällig nachts nach der Küche ging, nahm er einen starken Gasgeruch wahr. Das kleine Kind war bereits den Wirkungen des Gases erlegen. Die Ursache des bedauerlichen Un-fallts war, daß der Schlicht des Gasofens in der Küche schadhaft geworden war und das Gas durch die unbemerkte gebliebene Öff-nung austritt. konnte.

Sich selbst erstochen. Durch einen unglücklichen Zufall wurde in Eberswalde ein junges Mädchenleben vernichtet. In der Buch-binderei eines dortigen Zeitungsbetriebes unterhielten sich zwei junge Leute während der Arbeit, wobei der eine ein langes scharfes Messer, das er zur Arbeit gebrauchte, so in der Hand hielt, daß die Spitze seitlich neben ihm stehenden Arbeitskollegen zugewandt war. Als letzterer sich plötzlich bähig zur Seite wandte, stieß er mit großer Wucht gegen das Messer, dessen Klinge ihm tief in den Unterleib drang. Obwohl ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war, war Rettung nicht möglich. Der bedauernde junge Mann starb alsbald infolge innerer Verblutung.

Ein großer Fabrikbrand kam am Donnerstagabend in der Brandenburgerstr. 22 aus nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Es gelang, die Flammen auf die Hofräume zu beschränken.

Feuer. Am Donnerstag krachte es in der Köppler Str. 4 auf dem Boden. Es ergab sich, daß zu drei Brände vermutlich sor-fällig angelegt worden waren.

Gefährlicher Brand. Kurz nach 7 Uhr entstand im Werner-Werk in Siemensstadt am Donnerstagabend ein Brand. Am Rottendamm stand ein großer Schuppen, der als chemisches Laboratorium und zu Lagerzwecken benutz wurde, in gerammer Aus-dehnung in Flammen. Wegen eines vorliegenden Explosionsgefahr mußte mit größter Vorsicht vorgegangen werden. Der Schuppen ist zum größten Teil niedergebrennt.

Die städtischen Badeanstalten sind, wie jetzt endlich mitgeteilt wird, seit Montag bis auf weiteres geschlossen. Man hofft, die An-stalten schon in Kürze wieder eröffnen zu können.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte am Mittwoch zu-nächst der Magistratsvorlage betreffend Änderung der Eintritts-preise im Deutschen Opernhaus zu. Die Preise er-schienen durch diese Vorlage eine den veränderten Verhältnissen ent-sprechende Erhöhung, die Gesellschaft muß aber, nimmere der Nach-zins, der ihr während der Kriegszeit erlassen war, mit Beginn des neuen Spieljahres in jedem Falle an die Stadtgemeinde entrichten und sie muß femer die Verpflichtung übernehmen, einen bilanz-mäßigen Reingehalt in vollem Umfang dem gesetzlichen Reserve-fonds bezug. einem Spezialreservefonds zuzuführen.

Hierauf brachte der Rammere der Stadthaus-halt-pla-n em. Wir haben aus seiner Rede hervor, daß die gesamten Kriegsausgaben für Charlottenburg bis zum 31. Januar rund 34,7 Millionen Mark betragen, wovon nur 29,5 Millionen zurück-erstattet werden dürfen. Es bleibt also für die Stadt eine Last von 5,2 Millionen, wovon allein 2,05 Millionen den Haus-besitzern in Form von Mietbeiträgen gewährt sind. Beeinträchtigt ist der Etat durch starke Erschütterungen der sonst sicheren Ein-nahmen aus den städtischen Werken, und auf der anderen

Seit durch ein erhebliches Ansteigen der Steuern...

Stadt. Dr. Krenzel (lib.) erörterte die Frage, ob der Rückgang der Einnahmen aus den städtischen Ver...

Stadt. Dr. Borchardt (Eoz.) erklärte sich mit der anderen Gestaltung des Ausgleichsfonds einverstanden...

Nachdem dann noch Stadtverordneter Dr. Diepman (nat.) wie gewöhnlich die Einführung einer Fiskalsteuer angeregt hatte...

Aufrechterhaltung des Schulschusses. Die Charlottenburger Schulen bleiben mit Rücksicht auf die Kohlenversorgung...

Auch in Schöneberg hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, die Schließung sämtlicher Schulen aufrecht zu erhalten...

Kaufhäuser Maßnahmen zur Verhütung von Kaufmängeln. Die von der Stadtgemeinde zur Verteilung gebrachten Waren werden...

Gerichtszeitung.

Der Prozeß Schiffmann.

Zu heftigen Zusammenstößen, die schließlich zur Abführung des Angeklagten aus dem Gerichtssaal führten...

Als ihm bei weiteren Ausführungen das Wort abgeschnitten wurde, geriet der Angeklagte in Wut und er schrie in den Saal hinein...

Stadtsanitäts-Ressort hat mich beantragt, den Angeklagten abführen zu lassen. Der Gerichtshof lehnte den Antrag...

Der Gerichtshof hat auch erzwungen, daß Zustände wie bei heutiger immer dann vom Angeklagten betätigt worden sind...

Groß-Berliner Parteinarbeiten.

Potsdam-Spandau-Osthavelland. Parteigenossen! Für eine allgemeine Flugblattverbreitung am kommenden Sonntag im Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland...

Alle diejenigen Genossen, die bereit sind, im Interesse einer intensiven Wahlkämpfungsarbeit für unsere Sache mit beihilflich zu sein...

Die Ersatzwahlen im 11. Landtagswahlbezirk haben mit einem vorläufigen Erfolg der Arbeitsgemeinschaft geendet...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter Robert Felkenneyer...

Franz Antoniewicz.

Ochsenstr. 175, am 20. Februar gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Februar...

Henry Keltling.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer Henry Keltling am 18. Februar gestorben ist.

Max Kühn.

Eberschwende, am 14. Februar gestorben ist. Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Holzleger Richard Kasner...

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin. Bezirk Neukölln. Am 19. Februar starb unser Mitglied, der Puffer Wilhelm Schickgramm...

Allgemeine Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin.

Am 20. Februar verstarb nach langem, schwerem Leiden der Beamte unserer Kasse Hermann Frommhold...

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.

Ortsgruppe Groß-Berlin. Am 20. Februar verstarb im 55. Lebensjahre nach schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied...

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer Albert Seldenkranz...

Wilhelm Schickgramm.

Am 19. Februar starb nach kurzem schwerem Leiden unser lieber Vater, Schmelzer und Grobholzer, der Invalide Wilhelm Schickgramm...

Arbeitsgemeinschaften vielfach in terroristischer Weise bekämpft. Jedenfalls aber kann heute schon gesagt werden...

Kaufdorf-Bieddorf für Parteieinheit. Eine am 21. Februar abgehaltene, gut besuchte Mitgliederversammlung des Bezirks...

Die Freie Turnerische „Neukölln-Brigade“ veranstaltet nächsten Sonntag eine Familienfeier nach Reptunshahn...

Briefkasten der Redaktion.

Die inoffizielle Sprechstunde findet für Abonnenten Abends 7, 8, 9 Uhr statt. Portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr...

Hermann Frommhold.

Am 20. Februar verstarb nach langem, schwerem Leiden der Beamte unserer Kasse Hermann Frommhold...

Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof der Stadtgemeinde Berlin...

Rich. Wischkowski.

Am 21. Februar nach plötzlich und unerwartet mein lieber, langjähriger Sohn, unser herausragender Bruder...

Albert Seldenkranz.

Hierdurch allen Verwandten und Bekannten die kranke Nachricht, daß am 18. Februar mein lieber Mann, unser guter Vater...

Sozialdemokratischer Wahlverein Berlin-Schöneberg.

Nachruf. Am 16. d. Mts. verstarb unser langjähriger Mitglied und Sozialdemokrat, der Galant Hugo Krause.

In Freien Stunden.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G.m.b.H. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Monopolfrage und Arbeiterklasse.

Drei Abhandlungen von Heinrich Cunow, Otto Hue und Max Schippel. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Wilhelm Janßon.

Preis brosch. M. 4,-, geb. M. 5,-.

In drei innerlich zusammenhängenden Arbeiten wird eines der drängendsten wirtschaftlichen Zukunftsprobleme behandelt...

Möbelfabrik Rob. Seelisch.

Berlin O 112, Rigauer Str. 71-73a. empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen. 154 Musterräume. Lagerräume: 6696 q-Meter groß.

